

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
 Berlin SO36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 19. März 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Bemerkungen zu Hitlers Niederlage

Am Wahltage haben wohl mehr als 10 Millionen Menschen am Radio in fiebernder Spannung gegessen und die einzelnen Resultate zur Reichspräsidentenwahl mit angehört. Nun liegt das Resultat vor uns, und es ist festzustellen, daß zwar die großmäuligen Siegestiraden Hitlers und seiner Anhänger nur Bluff waren, daß andererseits aber die nationalistiche Gefahr immerhin im Wachsen ist. Mit 11½ Millionen Stimmen hat der Abenteuerer und Parteibuchbeamte Hitler ein Resultat erreicht, das ohne Zweifel für Deutschlands politische Geschichte einen beschämenden Vorgang bedeutet. Wir lassen noch einmal das letzte uns zur Verfügung stehende Gesamtergebnis folgen, um so eine ganz klare Perspektive für jeden Leser zu schaffen. Es erhielten Stimmen:

Duesterberg	2 557 876
Hindenburg	18 661 736
Hitler	11 338 571
Thälmann	4 982 079
Winter	111 470
Ungültig	8 662
Gesamt	37 660 394

Aus diesen Ziffern ist klar ersichtlich, daß Hitler für den zweiten Wahlgang absolut keine Aussichten hat, selbst wenn Thälmann erneut seine Sonderkandidatur entgegen aller Vernunft aufrechterhalten sollte. Bei alledem bleibt bedauerlich, daß es nicht gelungen ist, Hitler schon im ersten Wahlgang zu schlagen.

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus gesehen darf uns allerdings dies Resultat nicht so sehr überraschen. Solange die wirtschaftliche Not des deutschen Volkes sich nicht nur auf die 6½ Millionen Arbeitslose erstreckt, sondern auch weiteste Kreise des Kleinbürgertums, ja auch erhebliche Teile des Großbürgertums erfasst, ist es für alle Gruppen, die rein gefühlsmäßig eingestellt sind, naheliegend, unter allen Umständen eine Aenderung herbeiführen zu wollen. Während man dabei vielleicht dem Mittelstand und dem Großbürgertum das Zeugnis ausstellen könnte, daß sie und nicht ganz mit Unrecht in Hitler den Wahrer ihres Interessenstandpunktes sehen, ist von den Hunderttausenden von Beamten, Angestellten und Arbeitern festzustellen, daß sie einstweilen politisch noch unaufgeklärt sind und daß unser hier ein großes Agitationsfeld harret.

Gewiß wird man zugeben müssen, daß gerade die Jugend, d. h. die neu hinzugekommenen Wähler, in der Not dieser Zeit viel stärker gefühlsmäßig handelt, und daß die Verzweiflung über die wirtschaftliche Notlage ein sehr schlechter Berater ist. Dazu kommt, daß der gesamte Agitationsapparat Hitlers ohne Zweifel viele Menschen mitgerissen hat. Die Millionen aus den Kassen der Schwerindustriellen und Großgrundbesitzer — die den Arbeitnehmern durch Lohn-

herabsetzung usw. entzogen wurden — haben eine Propaganda ermöglicht, die ihresgleichen sucht. Man konnte in der „D.A.Z.“ der letzten Tage allerdings einen leichten Umschwung wahrnehmen. Während sie gleichzeitig und lange Wochen hindurch mit dem Gedanken spielte, daß der Sieg Hitlers eine Notwendigkeit sei, kamen in den letzten Tagen doch allerhand besinnliche Gedanken von dem Chefredakteur Klein, die darauf schließen ließen, daß man sich seines Sieges nicht mehr so sicher sei und nun im vornherein einen ideologischen Rückzug antrat.

In diesem Zusammenhang ist aber gewerkschaftlich besonders beachtenswert der Triumphgesang der Schwerindustriellen Presse über die freiwillig-unfreiwillige Unterstützung Hitlers durch die Kommunisten. Wir dürfen aber feststellen, daß diese Unterstützung den Thälmannern nicht gut bekommen ist. Mit ihren 5 Millionen Stimmen sind sie nicht erheblich über das Reichstagswahl-Resultat vom September 1930 gekommen, und die großmäulige und hemmungslose Agitation mit direktem und indirektem Terror hat es nicht zugebracht, die großen Massen der Arbeitnehmer im freigewerkschaftlichen Lager irrezuführen. Wir glauben sagen zu müssen, daß es nicht zuletzt auch die deutsche Gewerkschaftspresse mit ihrer 6-Millionen-Auflage gewesen ist, die trotz der notwendig gewordenen Einschränkung doch eine erhebliche politische Aufklärung in den letzten Wochen und Monaten leisten konnte, die uns bei dieser Wahl zustatten gekommen ist.

Aber diese Wahl war nur ein Teilsieg! In wenigen Wochen erfolgt der zweite Wahlgang. Dann folgen die Landtagswahlen in Preußen, Bayern und Württemberg. Es bleibt also den Funktionären der Gewerkschaften nichts erspart.

Wir müssen weiter kämpfen;

die Eiserner Front muß sich erneut bewähren. Alles muß eingeseht werden, damit wir der Nazipest endlich Herr werden.

In wenigen Tagen setzt die neue Wahlbewegung ein. Am 10. April 1932 erfolgt der zweite Wahlgang. Hitler hat in seiner bekannten großmäuligen Art bereits erklärt, daß „die wenigen Millionen fehlender Volksgenossen“ aus der Front der Wähler herauszubrechen seien. Wir sind der Meinung, daß die Hitlergardien sich erneut eine verstärkte Niederlage holen müssen.

Im übrigen gilt es, in den nächsten Wochen und in aller Zukunft in Gewerkschaft und Partei uns in stärkerem Maße der jugendlichen Wähler anzunehmen und aller Demagogie von rechts und links mit äußerster Schärfe entgegenzutreten. Die Niederlage Hitlers am 13. März gibt uns gute Zukunftshoffnungen. Aber nur mit weiterer systematischer Aufklärungsarbeit kann uns der Sieg auf der ganzen Linie zufallen. Hier gilt das treffliche Goethe-Wort:

„Nur der verdient sich Freiheit und das Leben,
 der täglich sie erobern muß!“ **E. D.**

Zum 100. Todestag Goethes



Symbole erhalten Wert und Wirklichkeit durch die Auslegung, die ihnen gegeben wird. Das Symbol Goethe hat zu jeder Zeit und Gelegenheit eine vielfache Auslegung gefunden. Ein so langes Leben, angefüllt von einem unerschöpflichen Schaffen, bewegt von Leidenschaft und Laune, in dem es nur eine Achse gab, um die sich alles drehte — das eigene Ich, das Gefühl, mit allem Sichtbaren und Unsichtbaren in dauernder Zwiesprache zu stehen — ein solches Leben und ein solches Lebenswerk ist wahrhaft ein Symbol mit einem trefflich breiten Rücken: da ist Platz für Deutungen und Auslegungen, und die ganze Welt voller Widersprüche findet sich, und sei es in etlichen Zeilen, bestätigt.

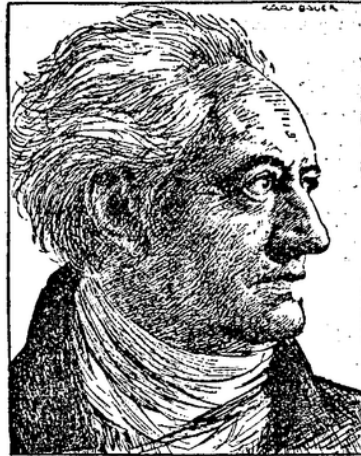
Die Widersprüche im Dasein und im Werk Goethes sind nicht genug erklärt mit dem Hinweis auf die Wandlungen, denen ein langes Menschenleben unterworfen ist. Das in jedem wirkende Gesetz des Lebens, errichtet auf dem, was wir von unseren Vätern ererbt haben und das wir nicht erst erwerben müssen, um es zu besitzen, dieses Gesetz bestimmt Denken und Tun eines Menschen nicht allein. Eine nicht minder diktatorische Macht üben alle die Verhältnisse aus, in die wir „hineingeboren“ sind, mögen es nun wirtschaftliche, politische oder ideale Verhältnisse sein, mögen sie direkt in unserem Privatleben eingreifen oder als „Umwelt“ in weitem Kreise uns umgeben. — Als der junge Goethe heranwuchs, bereitete sich das Bürgertum auf die Eroberung der politischen Macht vor. Das französische, nicht das deutsche. In Deutschland, das es damals nur in den Köpfen einiger „Phantasten und Landesverräter“ gab, fehlten die Voraussetzungen für eine soziale Revolution, wie sie sich westlich des Rheins ankündigte. Die Kleinstaaterei von der Maas bis an die Memel, von der Elbe bis an den Belt, die Grenzpfähle von etlichen Duzend deutschen Vaterländern bremsen nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, sie verhinderten auch die Bildung einer größeren Ideenwelt. Während die Intellektuellen des französischen Bürgertums das theoretische Rüstzeug für die revolutionäre Entscheidungsschlacht schmiedeten, gingen die deutschen Philosophen und Dichter als Gehaltsempfänger an die Höfe ihrer Winkelfürsten, ohnmächtig gegenüber den Launen und der Mißwirtschaft, und noch dazu gezwungen, diesen größtenteils albernen Eiliputärsaren politische Lorbeerkränze aufzusetzen. Die meisten dieser beamteten Dichter und Denker zogen sich wie der selbige Münchhausen an den eigenen Zöpfen aus der gemeinen „in die überschwengliche Misere“: sie flüchteten in die „heiteren Regionen, wo die reinen Formen wohnen“, in die zollschrankenfreie Ideenwelt über den Wolken, in das aus historischen und ästhetischen Irrtümern errichtete Traumland eines Olymp, der bevölkert war von den Göttern und Helden der Antike. Die erbärmlichen irdischen Zustände lösten die Flucht der Geister in den siebenten Himmel der klassischen Erhabenheit aus.

Mit 26 Jahren wurde Goethe an den Hof von Weimar geholt. Der junge Herzog wurde der Mäzen des bereits berühmten Verfägers des „Göz von Berlichingen“ und der „Leiden des jungen Werther“. In der ersten Zeit bekamen die hunderttausend Einwohner des Ländchens wenig Gelegenheit, von Goethe mehr zu sehen als einen tollen Kumpan der Flegeljahre ihres Landesvaters. Der junge Bürgersohn aus Frankfurt machte das schamlose Luderleben, mit dem sich die oberen Zehnduzend auf Kosten der ausgepöwerteten Steuerzahler die Zeit vertrieben, eine ganze Weile mit. Er sang das Lob des Fürsten, dessen Brot er aß, und nur im intimsten Kreise, und auch dann noch sehr vorsichtig, gab er seiner besseren Erkenntnis eine Zunge: „Mich wundert nun gar nicht mehr, daß Fürsten meist so toll, dumm und albern sind . . .“

Es gelang Goethe, bis zum Kammerpräsidenten aufzurücken. Mit zunehmendem Alter bemühte er sich, im Lande etwas Ordnung zu schaffen. Aber alles, was er zu tun vermochte, war Flickwerk. Von den fatalistisch dahinlebenden Bauern rings um Weimar und von den Hungerjahren der Weber von Apolda flüchtete er in die „edle Einsat und stille Größe“ der Antike. Er schreibt seine „Iphigenie“, dieses Wunderwerk der klassischen dramatischen Kunst, dieses Idealbild einer überirdischen Reinheit und Sitte, dieses marmorede, mamorkalte Spiel, in dem keine Menschen auftreten, sondern nur Ideen.

Die Reise nach Italien vergrößerte den Abstand zwischen Goethe und Weimar und den Ereignissen der Zeit. Als er zurückkam, ließ er sich von fast allen Regierungsgeschäften entbinden. Gemessen an der übermenschlichen Harmonie seines olympischen Herzogtums, erschien ihm alles, was um ihn herum vorging, klein und töricht. Das hinderte ihn aber nicht daran, seine eigene Existenz fester zu begründen und mit einem hohen Zaun zu umgeben. Schiller, der während Goethes römischen Aufenthalts in Weimar Fuß gefaßt hatte und beliebt geworden war, bekam das zu spüren. Er wurde nach Jena „verseßt“, wo er eine Weile ohne Bezahlung, später für ein Bettelgeld an der Universität arbeiten mußte. Erst Jahre später fanden Goethe und Schiller zueinander das Verhältnis, das dann in dem bronzenen Doppelstandbild vor dem Nationaltheater in Weimar verewigt wurde. —

Zeitweilig widmete sich Goethe mehr den Wissenschaften als den Künsten. Er sah, wie sich die Menge mehr den nach seiner Meinung „chaotischen“ Romantikern zuwandte, als seinen gedankenvollen Versen, die einer höheren und reinen Ordnung zuliebe geschrieben worden waren. Die künstlerischen Gelehrten spotteten über seine wissenschaftlichen Versuche, aber der „Dilettant“ Goethe übertrumpfte sie gerade infolge seiner Gabe, intuitiv Zusammenhänge zu ahnen und zu finden. Das Verlangen nach Harmonie war ihm auch bei seiner wissenschaftlichen Arbeit Anlaß und Ziel. — So wenig die große Französische Revolution ihn berührt hatte, so geringes Interesse er den kriegerischen Bewegungen des modernen Imperialismus entgegenbrachte — als er mit Napoleon I. in Erfurt zusammentraf, bewahrte er die Ueberlegenheit des in anderen Regionen Lebenden —, so



wenig brachten ihn die Niederlagen bei Jena und Auerstädt und die Siege bei Leipzig und Waterloo in Wallung. Was die Masse der Kleinbürger auch anstellte, er blieb ihren Worten und Taten gegenüber kühl und gleichgültig. Manchmal freilich war die geniale Schau in ihm stärker als sein vorgefaßtes Uebermenschentum. Sein prophetisches Wort angesichts der revolutionären französischen Armee, die bei Dalm ihren ersten Sieg erfocht, „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen!“, ist keine gut erfundene Anekdote. Und im Alter begriff er sehr wohl und sprach es im zweiten Teil seiner Faust-Tragödie mit großer Eindringlichkeit aus, daß der einzelne Mensch nur denkbar ist in der Gemeinschaft, und daß es nur eine Harmonie gibt: die soziale Gerechtigkeit.

Zu dieser Erkenntnis, die ihn bereits hineinschauen läßt in das Jahrhundert, das vom Kampf um die soziale Gerechtigkeit erfüllt ist, arbeitete sich Goethe erst im späten Alter und mühsam durch. Er spricht sie auch dann nicht aus wie ein Mensch, der die Verpflüchtung fühlt, die neue Erkenntnis programmatisch zu verkünden. Sie kommt ihm beinahe unbeabsichtigt über die Lippen, wie eine Notwendigkeit, die sich nach diesem faustischen Leben, das ein langes Suchen nach dem Sinn des Daseins war, von selbst ergibt.

Die Faust-Dichtung begleitete ihn durch sein ganzes Leben. Alles, was er sonst noch schrieb, ist im wesentlichen in ihr enthalten, warf zum mindesten einen Widerschein in dieses Werk. In vielen Jahrhunderten und Kulturen läßt Goethe seinen Faust nach einem Sinn des Daseins suchen, und bis zuletzt folgt dem suchenden Geist sein zweites Ich, von dem nicht immer gesagt werden kann, daß es in jedem Falle den „teufelischen“ Teil der menschlichen Seele darstellt. Faust muß kurz vor seinem Tod erblinden, um „der Weisheit letzten Schluß“ zu finden. Er „sieht“ die letzte Harmonie, das Ziel seines Suchens, als die Synthese all dessen, was er „zu sehen geboren, zu schauen bestellt“ in sich aufgespeichert hatte.

Goethes Leben und Schaffen ist dadurch so groß und von so weitwirkender Kraft, daß er alles, auch das Kleinste, in Beziehung setzte zu einem großen Umfassenden. Er sah im Obstkern bereits den großen fruchtbeladenen Baum, im Wassertropfen den gewaltig und breit in das Meer mündenden Strom. In zwei Zeilen vermochte er den Inhalt eines ganzen Weltgeschehens anzugeben, ohne dabei große Worte zu machen. Goethe war ein fröhlicher Denker, er lebte gern, und er nahm und gab mit frohen, großen Augen. Das zieht die Menschheit immer wieder zu ihm hin, das verbindet ihn mit den kommenden Generationen. Erich Kraus.

Die Tarifverträge in Deutschland Ende 1930

Die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund im zweiten Sonderheft der „Gewerkschafts-Zeitung“ veröffentlichten zwölf Uebersichten über den Umfang und das Zustandekommen der Tarifverträge im Jahre 1930 bieten neben der dazu gegebenen textlichen Uebersicht ein anschauliches Bild über den Kampf der freien Gewerkschaften um die Tarifverträge. Es fehlt leider noch immer eine Uebersicht über den Inhalt der Tarifverträge.

Die Bestandaufnahme am Schlusse der Jahre 1929 und 1930 ergibt folgendes Resultat:

Jahr	Art der Tarifverträge	Zahl der		
		Tarifverträge	Betriebe	Beschäftigten
1929	Mantel*) . . .	4 781	688 639	10 076 619
	Lohn*) . . .	5 759	627 213	9 926 177
1930	Mantel*) . . .	5 754	689 274	9 790 241
	Lohn*) . . .	7 161	594 440	9 599 165

*) Die in dem Sonderheft gezählten Volltarifverträge sind hier den Mantel- und Lohnverträgen zugezählt.

Die Steigerung bei der Zahl der Tarifverträge von 1929 zu 1930 und der relativ geringe Rückgang bei den Beschäftigten ist auf die bessere statistische Erfassung durch die Einzelverbände zurückzuführen. Wenn trotz der Steigerung der Zahl der Lohnverträge um 1402 die Zahl der Betriebe um 32 775 zurückgegangen ist, so ist das auf die Wirtschaftskrise und den Kampf der Arbeitgeber gegen die tarifvertragliche Lohnregelung zurückzuführen.

Die Tarifverträge werden nach ihrem Umfang in Volltarifverträge, Manteltarifverträge mit und ohne Arbeitszeitabkommen und Lohnverträge gegliedert. Das ist ein wesentlicher Fortschritt gegenüber der bisherigen amtlichen Statistik. Daneben werden auch die besonders abgeschlossenen Arbeitszeitabkommen ausgewiesen. Hierbei entsteht folgende nicht geklärte Differenz:

Es bestehen	Tarifverträge	für Betriebe	mit Beschäftigten
Manteltarifverträge ohne Arbeitszeit	122	157 274	2 169 980
Arbeitszeitabkommen	92	9 882	1 259 606

Danach bestände in 30 Tarifverträgen für 147 392 Betriebe mit 910 374 Beschäftigten keine Regelung der Arbeitszeit.

Nach dem räumlichen Geltungsbereich gegliedert wird folgendes festgestellt:

Geltungsbereich	Volltarife		Manteltarife		Lohnarife	
	Fälle	Beschäftigte	Fälle	Beschäftigte	Fälle	Beschäftigte
Reich	11	131 829	63	2 795 703	33	1 041 911
Bezirk	313	410 927	617	3 725 535	1 028	5 017 213
Ort	504	188 080	1 485	1 098 789	1 823	1 274 991
Firma	804	98 998	1 957	340 380	2 645	435 216
	1 632	1 829 834	4 122	7 960 407	5 529	7 769 331

Diese Aufstellung zeigt die überwiegende Bedeutung der Reichs- und Bezirkstarifverträge. Von der Gesamtheit der Voll- und Manteltarifverträge sind nur 1004 oder 21,1 Proz. Reichs- und Bezirkstarifverträge. Diese erfassen aber 8 063 994 Beschäftigte oder 82,4 Proz. Die Konzentration der Wirtschaft hat eine solche für die Tarifverträge im Gefolge gehabt. Damit geht Hand in Hand eine Rationalisierung der Gewerkschaftsarbeit, die sich auch in bezug auf den Inhalt der Tarifverträge vorteilhaft für die Arbeiterklasse ausgewirkt hat. In folgender Tabelle ist dieselbe Feststellung zu machen.

Die Tarifverträge nach der Zahl der beteiligten Personen Ende 1930.

Zahl der erfaßten Personen	Volltarife		Manteltarife		Lohnarife	
	Fälle	Beschäftigte	Fälle	Beschäftigte	Fälle	Beschäftigte
bis 1000	1 464	184 165	3 579	652 215	4 758	783 336
1000—10000	147	458 843	431	1 330 920	610	1 988 532
10000—100000	18	496 026	99	2 711 549	156	3 924 040
über 100000	3	690 800	13	3 265 723	5	1 123 423

Die Tarifverträge, die für über 1000 Personen gelten, bestimmen das soziale Arbeitsrecht der deutschen Arbeiterklasse. Es werden erfaßt durch 811 Manteltarifverträge 8 953 861 und durch 1039 Lohnverträge 8 681 664 Beschäftigte. (Die größere Zahl der Lohnverträge ist dadurch bedingt, daß zu dem Reichsmanteltarifvertrag überwiegend Bezirkslohnverträge vereinbart werden.) Man kann die Zahl der direkt und indirekt er-

faßten Arbeitnehmer auf mindestens 10 Millionen annehmen. Rechnet man hierzu im Durchschnitt Frau und ein Kind, so ergibt sich, daß der Lebensstandard von rund 30 Millionen Menschen beeinflusst wird durch die 811 Manteltarifverträge bzw. 1039 Lohnverträge.

Es fehlt leider eine Uebersicht über den Organisationsstand. Die Stärke der einzelnen Gewerkschaften ist doch ein ausschlaggebender Faktor für den Umfang und den Inhalt der Tarifverträge, der bisher auch vom statistischen Reichsamte berücksichtigt wurde.

In welchem Umfang die einzelnen Gewerkschaften Alleinträger der Tarifverträge sind oder inwieweit andere freie Gewerkschaften als Tarifvertragskontrahenten zugelassen wurden, zeigt folgende Tabelle:

	Volltarifverträge		Manteltarifverträge		Lohnverträge	
	Fälle	Beschäftigte	Fälle	Beschäftigte	Fälle	Beschäftigte
allein beteiligt	1 556	1 563 209	3 810	4 795 111	5 133	4 886 409
führend beteiligt	76	253 688	312	2 873 725	396	2 579 356
mitbeteiligt	36	12 937	381	291 471	470	303 566

Von den Voll- und Manteltarifverträgen wurden 5366 oder 94 Proz. mit 6 358 320 Beschäftigten oder 65 Proz. nur von einer freien Gewerkschaft abgeschlossen. Hier wird rationalisierte Gewerkschaftsarbeit geleistet, Zeit und Geld gespart, und sicher werden auch verhältnismäßig gute Resultate erzielt.

Es gibt einige Gewerkschaften, die ihre Tarifverträge ohne Beteiligung anderer Gewerkschaften abschließen. Ein Verband wird aufgeführt, der selbständig keinen Tarifvertrag abschließt, sondern nur bei Tarifverträgen, anderer Gewerkschaften mitbeteiligt ist.

In sieben Tabellen wird sehr instruktiv über die Art des Zustandekommens der Tarifverträge berichtet. Tabelle V gibt das Gesamtergebnis:

Zustandekommen durch	Volltarife		Manteltarife		Lohnarife	
	Fälle	Beschäftigte	Fälle	Beschäftigte	Fälle	Beschäftigte
Direkte Verhandlungen	1 094	952 791	3 332	4 938 177	3 324	2 183 976
Tarifvertragsmäßige Schlichtg.	52	32 154	98	389 893	432	1 739 675
Behördliche Schlichtg.	486	844 889	692	2 632 337	1 773	3 845 680
Zusammen	1 632	1 829 834	4 122	7 960 407	5 529	7 769 331

Die Manteltarifverträge sind überwiegend durch Parteivereinbarungen zustande gekommen. Der Zahl der Fälle nach trifft das auch für die Lohnverträge zu, aber nicht für die der Beschäftigten. Für letztere ist die Erledigung durch das Schlichtungsverfahren überwiegend in Erscheinung getreten.

Die Tabelle VII ausweist, wurde die Einleitung des Schlichtungsverfahrens, wie schon 1929, überwiegend von den Arbeitnehmern beantragt. Die beginnende Krise befreite die Arbeitgeber von der Antragstellung, die sie in den vorhergehenden Jahren geübt hatten. Tabelle VIII zeigt die Ergebnisse der Schlichtungsverfahren. Rund ein Drittel der anhängigen Streitigkeiten endete mit einer Vereinbarung, während für zwei Drittel ein Schiedsspruch gefällt wurde. Von den Schiedssprüchen im amtlichen Schlichtungsverfahren wurden von beiden Parteien angenommen (Tabelle IX): für 159 Volltarifverträge mit 140 152 Beschäftigten, für 260 Manteltarifverträge mit 603 646 Beschäftigten, für 646 Lohnverträge mit 811 709 Beschäftigten.

Für die strittig gebliebenen Schiedssprüche zeigt Tabelle X, von welcher Seite die Verbindlichkeitserklärung beantragt wurde:

Verbindlichkeitsverfahren wurden Ende 1930 eingeleitet	Volltarife		Manteltarife		Lohnarife	
	Fälle	Beschäftigte	Fälle	Beschäftigte	Fälle	Beschäftigte
Auf Antrag der Arbeitnehmer	71	454 220	127	187 264	377	1 212 444
Auf Antrag der Arbeitgeber	6	1 278	54	1 000 355	95	512 382
Don Amts wegen	1	1 981	6	44 831	85	626 824

Bei den Verhandlungen über die Verbindlichkeitserklärung wurde noch (Tabelle XI) eine Einigung der Vertragsparteien erzielt für 40 Volltarifverträge mit 64 172 Beschäftigten, für 88 Manteltarifverträge mit 277 395 Beschäftigten und für 290 Manteltarif-

verträge mit 516 899 Beschäftigten. Von den Ende 1930 vorhandenen 5754 Mantel- und Dolltarifverträgen sind also 106 oder 1,8 Proz. und von 7161 Lohnarifverträgen im ganzen 305 oder 4,2 Proz. verbindlich erklärt worden. Davon sind sicher noch ein Viertel auf Antrag der Arbeitgeber verbindlich erklärt worden. Warum da die Arbeitgeber nach der Aufhebung der Verbindlichkeitserklärung schreien, bleibt unverständlich.

In welcher Weise auf Betreiben der Arbeitgeber die größere Beweglichkeit der Tarifverträge durch möglichst kurze Laufzeiten geschaffen wurde, zeigen folgende Ziffern (wir beschränken uns hierbei auf die Lohnarifverträge): Ende 1930 bereits gekündigt 799 Lohnarifverträge mit 2 553 366 Beschäftigten, jederzeit kündbar 2766 Lohnarifverträge mit 2 275 689 Beschäftigten, im 1. Halbjahr 1931 kündbar 1005 Lohnarifverträge mit 1 962 119 Be-

schäftigten, im 2. Halbjahr 1931 kündbar 167 Lohnarifverträge mit 363 663 Beschäftigten, nach einem Jahre kündbar 26 Lohnarifverträge mit 24 379 Beschäftigten.

Die amtlichen Schlichtungsstellen tragen ein gerüttelt Maß von Schuld an dieser so wesentlichen Verschlechterung der Laufzeiten. Damit wurde für die Arbeitgeber erfolgreiche Arbeit geleistet, um jederzeit auf den Lohn drücken zu können.

Wenn auch die Statistik des ADGB. gegenüber der amtlichen Statistik den Vorteil hat, daß sie inhaltlich reicher und, was wesentlich ist, viel schneller herausgegeben wird, so bleibt doch auf beiden Gebieten betreffend Inhalt und schnellste Herausgabe noch manches zu wünschen übrig. Dieser Ausbau ist erforderlich, damit das Material im Kampf um Tarifvertrag und Tarifrecht möglichst erfolgreich benutzt werden kann. **Paul Schulz.**

Die Notlage der Schifffahrt

Die Seeschifffahrt ist in Not geraten — nicht nur die deutsche, sondern auch die der ganzen Welt. Die Reeder machen die verzweifeltsten Anstrengungen, möglichst anständig den Riß zu überbrücken, der nicht zuletzt durch ihre eigene Politik zwischen Leistungsmöglichkeit und Leistungsanspruch entstanden ist. Die meisten Vorschläge sind aber dem internationalen Wesen der Seeschifffahrt so fremd, daß nicht viel Prophetengabe dazu gehört, um ihren qualvollen Tod nach kurzem Leiden vorauszu sagen. Wohl hat Amerika die Macht, die Küstenfahrt für sich zu reservieren, aber dieselbe Freiheit hat jedes andere Land für sich und in England, Dänemark und anderswo spuckt dieser Gedanke ja auch. Man kann auch die Flagge des eigenen Landes bevorzugen oder, was auf das gleiche hinausläuft, die Schiffe fremder Flagge höher belasten. Man kann auch die Waren, die auf Schiffen fremder Flaggen eingeführt werden, mit höheren Abgaben belegen. Portugal hat beides getan — das Ausland stellte Schiffe unter portugiesische Flagge und der Ausgleich war da. Italien hat einige Waren, die unter fremder Flagge in den Häfen gelöscht werden, mit höheren Abgaben belastet. Das und Hunderte von Millionen an Staatsunterstützung hat nicht die Krise in der italienischen Seeschifffahrt verhindert. Italien rühmt sich zwar, daß es weniger Tonnage aufgelegt habe als z. B. die deutschen Reeder, aber immerhin liegen auch dort 700 000 Tonnen, das sind 20 Proz. der Gesamttonnage, still (in Deutschland 30 Proz.) und die faschistische Seemannsgewerkschaft berichtet über 40 000 (50 Proz., bei uns 30 Proz.) arbeitslose Seeleute. Subventionen können eben nicht die fehlende Ladung, den ausbleibenden Fahrgast ersetzen. Deshalb hat auch die Parole, einheimische Waren und Fahrgäste gehören auf einheimische Schiffe, einen betrüblich kurzen Atem. Leider ist diese Parole auch in Deutschland aufgenommen worden. Wir brauchen nur einmal die Passagierlisten eines Hamburg-Süd-Dampfers durchzugehen, um zu ermes sen, wohin die strikte Befolgung solcher Parolen führen müßte. Da wimmelt es von spanischen (südamerikanischen) Namen. Wir brauchen nur Deutschlands Ausfuhr gegen die Einfuhr zu stellen, um zu wissen, daß dann die fahrenden Schiffe nicht einmal mehr zu 50 Proz. (wie 1931) ausgenutzt werden würden.

Ladung braucht die Schifffahrt, eine starke Belebung des Welt Handels tut not, alle anderen „Maßnahmen“ sind doch nur Krücken, die helfen sollen über die schwere Zeit hinwegzukommen. Es ist kein Geheimnis, daß Seeschifffahrt und Häfen die Zoll- und Handelspolitik Deutschlands ablehnen, aber die Angenehmer dieser Erwerbszweige sind ideologisch viel zu stark mit den industriellen und agrarischen Nutzgebern unserer Zollpolitik verbunden. Als der Young-Plan kam, wurde die Reparationsabgabe umgewandelt in eine Art Steuer für die sogenannte Osthilfe, mit der Maßgabe, daß die Steuer bis zum Erlöschen von Jahr zu Jahr geringer wird. Im vorigen Jahr hat die Seeschifffahrt (die sowie so nur 50 Proz. dieser Steuer zahlt) um völligen Erlaß gebeten. Sie begründete diese Forderung ganz folgerichtig damit, daß die Schifffahrt durch die Ostpolitik der Regierung schwer geschädigt würde. Als wir dann aber daraus die Konsequenz zogen, daß die Seeschifffahrt Gegner der deutschen Agrarpolitik sei, da hat ein Prominent dieser Schlussfolgerung entsezt abgelehnt. Es ist wohl auch kein Zufall, daß unter den Aufrufen zugunsten der Wiederwahl des verfassungstreuen Hindenburg kein einziger Name aus der Seeschifffahrt steht. Herrn Cuno wird sogar nachgesagt, daß er sich geweigert hat, den Aufruf des Berliner Oberbürgermeisters zu unterschreiben.

Selbstverständlich haben auch die deutschen Reeder ihr Rezept über die Besserung in der Seeschifffahrt. Wir brauchen nicht weiter darüber zu reden. Es ist das übliche: Die Löhne müssen gedrückt, die Arbeitszeit verlängert werden und Duzende Artikel jammern über die sozialpolitische Belastung. Da trifft es sich nicht schlecht,

daß die Regierung den Reedern einen Zahlungsausschub für eine fällige Schuld von 20 Millionen Mark bewilligte, unter der Bedingung, daß die Union (Hapag, Lloyd, und Hamburg-Süd) ihre Betriebe „reorganisieren“ und daß sie nach der Rückzahlung der Schuld „ohne weitere Zuschüsse oder Kredite seitens der öffentlichen Hand“ lebensfähig sind. Mit diesen Worten ist einer der Hauptgründe für die schlechte Lage unserer größten Gesellschaften genannt: Unheimlich hohe Verwaltungskosten (besonders bei der Hapag), unterirdischer Kampf zwischen Hapag und Hamburg einerseits und Lloyd und Bremen andererseits, trotz Union. Die Niederringung der Hamburg-Süd durch den Lloyd in Gemeinschaft mit dem Staat Bremen unter der teuren Assisenz der Schröder-Bank kostet rund 20 Millionen Mark, die nach Holland fließen. Das soll nach dem Willen der Regierung ein Ende haben. Nachdem die Ursachen der gefährlichen Lage der Schifffahrt so eindeutig angeippt sind, hat man auch die Erklärung für den wortreichen Feldzug der bürgerlichen Presse gegen die Löhne und Arbeitsbedingungen der Seeleute. Der Gesamt-Verband und die Seeleute werden verhindern, daß der seemannische Arbeiter außer den Kosten für den Wirtschaftsrückgang auch noch die Kosten für die privaten Machtkämpfe zwischen Bremen und Hamburg zu tragen hat. **J. C.**

Stimmen aus Kollegenkreisen

Eiserne Front!

Ja, eisern die Front, aber noch eiserner unser Wille, endlich den staatszerstörenden Nazis entgegenzutreten. Wir stehen bereit, wir greifen an, wir freien Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Arbeiterportler und Reichsbannerkameraden, wie wir am 13. März und vorher gezeigt haben. Denn unser ist der demokratisch-republikanische Staat, und wer es wagt, diesen anzugreifen, greift uns an, um alle Rechte, die in jahrzehntelangen Kämpfen erobert wurden, wieder hinwegzufegen. — Freie Arbeiter sind wir, frei wollen wir bleiben und nicht wieder zur gehorchenden Kreatur vergangener Jahrzehnte werden. Das könnte den Herren der Schwerindustrie und den Offizieren a. D., die sich in der Hitler-Partei tummeln, so passen. Nicht ihnen geziemt es, zu herrschen, sondern uns, denn wir halten die deutsche Wirtschaft in den Händen und sind bereit, alle Räder stillstehen zu lassen, um jenen zu zeigen, was es heißt, mit freien Arbeitern zu kämpfen. Sie werden sich wundern, wie stark eine Arbeiterfaust ist, die alle ihre Feinde zum Teufel jagt, um den alles befreienden Sozialismus zu verwirklichen. — O ihr armen Arbeitnehmer in der NSDAP, seht ihr denn nicht, wohin euch eure „Führer“ und ihre Hintermänner bringen wollen? Seid ihr noch gar nicht entsezt über euren Irrglauben, daß Hitler euch „befreien“ will? Hat euch das Wort „Ständestaat“ denn noch nicht zu denken gegeben, in dem ihr die zu gehorchenden Kreaturen sein sollt? Wo ihr nach den Befehlen der über euch stehenden Stände zu arbeiten und zu schuften, dabei selber zu wenig Anteil an den irdischen Glücksgütern habt. Glaubt ihnen nicht, denn die ganze Zusammenlegung der „Führerschaft“ zeigt, wohin der Kurs gehen soll, nämlich in die Knechtschaft. — Darum hinweg von Hitler, nur die Organisationen der freien Arbeiter geben euch die Gewähr, das zu erreichen, wo ihr hinstrebt. — Euch aber, Gewerkschaftskollegen von der linken Seite, rufe ich zu: Versezt den Bruderkampf, besinnt euch auf die Kraft der einzigen Arbeiterklasse als Klasse! Es gilt unsere Rechte sowie unsere Organisationen, die freie Gewerkschaft, zu verteidigen. Einigkeit macht stark! Darum hinein in die Eiserne Front!

J. Arfert, Altona-Hamburg.

Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 12

Berlin, den 19. März 1932

3. Jahrgang

Hilfe den Gemeinden!

Wie Gemeinden sind am Ende ihrer Finanzkraft! Das ist der Schrei, der durch die Lande hallt. Um die Wohlfahrtserwerbslosen befriedigen zu können, und um innere Unruhen zu vermeiden, werden nahezu alle sonstigen, auch die notwendigsten Ausgaben nicht mehr geleistet. Rechnungen müssen bei den städtischen Kassen unbezahlt liegenbleiben. Anleihezinsen sind seit Monaten rückständig. Die Gemeindebeamten erhalten ihre schon stark beschnittenen Beamtengehälter häufig nur in kleinen Bruchteilen und erst tagelang nach den Fälligkeitzeiten. Fonds, die zu ganz anderen Zwecken angesammelt sind, werden angegriffen. Staatssteuern können nicht abgeliefert, Krisenfürsorgeanteile nicht gezahlt, die Erfüllung notwendiger Gemeindeausgaben nicht mehr sichergestellt werden.

Selbstverständlich kann diese Finanzwirtschaft nur noch für eine ganz kurze Uebergangszeit durchgehalten werden. Denn wenn auch Reich, Länder und Kreise sich für nicht erfolgende gemeindliche Zahlungen und Ablieferungen durch Einbehaltung der Ueberweisungssteuern schadlos halten, so daß zahlreiche Gemeinden auf absehbare Zeit überhaupt keine Ueberweisungen zu erwarten haben, so haben die privaten Gläubiger nicht diese einfachen, die Lebensnotwendigkeiten der Gemeinde außer acht lassenden Beitragsmöglichkeiten, und sie werden auch nicht dauernd „stillhalten“ wollen oder auch nur können. Denn wovon sollen zum Beispiel Kranken- und Fürsorgeanstalten leben, wenn die gemeindlichen Zahlungen monatelang ausbleiben, private Forderungsberechtigte Steuern zahlen und sonstige Verbindlichkeiten erfüllen, wenn die Gemeinden ihnen nicht zahlen können?

Es ist aber auch bei den noch ständig steigenden Wohlfahrtslasten und den im gleichen Maße zurückgehenden Steuereinnahmen, selbst wenn, wie bisher, alle sonstigen Ausgaben zurückgestellt werden, mit Gewißheit vorauszusagen, daß die Gemeinden in kürzester Frist die fälligen Zahlungen an die Wohlfahrtserwerbslosen nicht mehr werden leisten können.

Mit der bisherigen Form der Reichsbeihilfe, die nur unter immer schwieriger werdenden Bedingungen zu erreichen ist, und nicht wirksam helfen kann, weil sie in der Hauptsache nur die Zahlung der Unterstüzungen, Löhne und Gehälter sicherstellen will, ist diese Lebensfrage nicht zu lösen. Dies kann nur geschehen, und damit wird hunderte Male Gesagtes wiederholt, wenn die Gemeinden von den Lasten für Wohlfahrtserwerbslose und Krisenunterstützung fühlbarer als bisher entlastet werden.

Zu dieser Frage nahm auch eine stark besuchte Versammlung der Gemeindeglieder und Straßenbahner der Stadt Leipzig am 22. Februar Stellung. Bürgermeister Genosse Schulze zeigte als Referent die Ursachen der Verschuldung der Städte und ihr teilweises Zehren von der Substanz infolge der Ermangelung der Steuerüberweisungen vom Reich und dem verminderten Eingang der städtischen Steuern, während die Versorgungslasten der Fürsorgeempfänger durch die enorme Arbeitslosigkeit fortwährende Steigerung der Ausgaben nach sich ziehen. Mit statistischen Nachweisen bekräftigte der Redner seine Ausführungen im Vergleich zu den Ausgaben der Vorkriegszeit auf diesem Gebiet. Nicht mindere Schwierigkeiten stellen die kurzfristigen Anleihen der Stadt, ihre Verzinsung und Rückzahlung dar. Neue Kapitalaufnahmen sind durch die wirtschaftspolitischen Verhältnisse unmöglich, also müßte durch erhöhte Inanspruchnahme der städtischen werdenden Betriebe und größte Sparlichkeit versucht werden, dem drohenden Bankrott auszuweichen. Die Hälfte aller Arbeitslosen

müssen von der Stadt unterstützt werden. Diese Tatsache ist eine Ungerechtigkeit. Viele Städte können dieser Verpflichtung nicht mehr nachkommen. Teilweise können bereits die Gehälter der Beamten nicht mehr gezahlt werden. Wenn das Reich als Einnehmer der meisten Steuern dastehe, habe es auch die Pflicht, für die Arbeitslosen zu sorgen. Aber auch das Reich könne nicht zahlen und so müssen die Gemeinden alle verfügbaren Mittel in Anspruch nehmen, alle gangbaren Wege beschreiten und seien sie auch manchmal noch so hart und unpopulär. Neue Steuern sind ausgeschlossen. Statt daß die Städte in dieser schweren Zeit den Opfern des kapitalistischen Staates helfend beispringen können, müssen sie die Aufgaben des Reiches in dieser Beziehung erfüllen. Aber woher die Mittel nehmen? Was ist nicht dabei alles erwoogen worden? Die städtischen Gas- und Wasserwerke verkaufen? Nehmen wir an für 100 Millionen. Das lehnen wir ab. Wir würden die Henne schlachten, die uns die goldenen Eier legt. In vier Jahren wären wir bei der jetzigen Entwicklung mit diesen Mitteln zu Ende, und was dann? Verkauf von Grund und Boden? Damit würden wir dem Bodenwucher Dorschub leisten und der Ausbreitung der Stadt den schlechtesten Dienst erweisen. Bargeld, und dessen bedürfen wir, um unsere Wohlfahrtspflege ausführen zu können, bekommen wir aber nicht. Mit Hypotheken und Schuldverschreibungen ernähren und versorgen wir unsere Arbeitslosen nicht. Die Millionen-schulden der Stadt steigen aber unaufhaltsam weiter. Ein Fünftel der Krisenunterstützung müssen wir bezahlen und anderes mehr. Steigend! Steigend! 65 000 Köpfe sind von der Wohlfahrtspflege zu betreuen. Das allein bedeutet 20 Millionen Defizit.

Nur eine Hilfe ist möglich. Die Leistungen müssen vom Reich übernommen werden. In dieser Richtung stößt der Deutsche Städtetag vor. Das wird vielleicht schon am 1. April eintreten müssen, oder die Gemeinden sind am Ende ihrer Kräfte. Der Staat vier Fünftel, die Gemeinden ein Fünftel der Wohlfahrtslasten, einen anderen Ausweg gibt es nicht. Er ist schon im neuen Jahr im Etat einkalkuliert. Die Trennung der Arbeitslosen-Wohlfahrtspflege von den Fürsorgeempfängern ist vollzogen. Dadurch balanciert der Haushaltplan der Stadt. Trotz der Streichungen im WohlfahrtsEtat müssen wir zum Beispiel erfüllen Ueberweisungen in Heilanstalten, Irrenhäuser usw. Also wissen wir, daß Nachforderungen gezwungen kommen müssen. Hinzu kommt noch, daß wir die sonst vom Reich betreuten Bedürftigen auf die Gemeinden übernehmen müssen.

Bisher waren die Finanzen der Stadt noch in Ordnung, auch die Verpflichtungen konnten erfüllt werden, trotz mancher harten Maßnahmen (Bürgersteuer 400 Proz. usw.).

Aber bald muß die Erleichterung kommen, damit die Stadt vor schweren Erschütterungen bewahrt bleibt.

Nach kurzer Diskussion nahm die Versammlung folgende Entschließung an:

„Die Versammelten richten das dringende Ersuchen an den Vorstand, an die Spitzengewerkschaften und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Regierung zu sofortigen Maßnahmen zu veranlassen, die drückenden Wohlfahrtslasten der Gemeinden durch finanzielle Hilfe wesentlich zu erleichtern. Gleichzeitig muß von der Regierung verlangt werden die Vorlegung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms, das zum Ziele hat, einem größeren Teil Erwerbslosen wieder Arbeit zu verschaffen. Sollten nach Verabschiedung des Haushaltsplanes der Stadt Leipzig Einschränkungen personeller oder betrieblicher Art stattfinden, so ist, ehe irgendwelche Maßnahmen ergreifen werden, mit den Betriebsräten und Gewerkschaften darüber zu verhandeln.“

Erfreuliche Entwicklung des Verbandsgaswerkes Beuthen-Hindenburg

Nach langwierigen Verhandlungen haben sich die Städte Hindenburg und Beuthen (O.-Schl.) im Jahre 1928 entschlossen, ihre Gasproduktion auf eine gemeinsame Basis zusammenzulegen. Diese Entwicklung war bedingt durch die Tatsache, daß in Hindenburg ein wenig ausgenühtes, modernes städtisches Gaswerk vorhanden war, während in Beuthen (O.-Schl.) ein überaltertes und nicht mehr leistungsfähiges den Bedarf nicht mehr decken konnte. Aus den Verhandlungen ging das Verbandsgaswerk Beuthen-Hindenburg O.-Schl. G. m. b. H. hervor. Da die eigene Produktion den Gesamtbedarf beider Städte nicht decken konnte, wurde mit der Industrie ein Abkommen geschlossen, nachdem sie überschüssiges, ungereinigtes Koksgas an das Verbandsgaswerk abzugeben hat. Dieses wird durch entsprechende technische Maßnahmen gereinigt und als vollwertiges Steinkohlengas an die Konsumenten abgegeben.

Das Verbandsgaswerk Beuthen-Hindenburg legt nun den Geschäftsbericht für das Jahr 1930 vor. Aus diesem ist zu ersehen, daß die Gasabgabe vollständig störungsfrei durchgeführt werden konnte, und daß verschiedene Neuanlagen, insbesondere aber auch die Verbindung von Eigenzeugung und Gasbezug, auch im Dauerbetrieb sich durchaus bewährt haben. Die allgemeine wirtschaftliche Lage hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahre gegenüber dem Vorjahre ganz wesentlich verschlechtert, trotzdem ist es gelungen, die nutzbare Gesamtabgabe um rund 16 Proz. und die Abgabe an Haushalte und Gewerbe um 8,4 Proz. zu steigern. Dieses Ergebnis befriedigt um so mehr, als die Gasabgabe im Reichsdurchschnitt nach der Statistik des deutschen Vereins der Gas- und Wasserfachmänner sich um 3,31 Proz. vermindert hat. Das günstige Ergebnis beruht auf einer erhöhten Werbetätigkeit, Erweiterung des Gasverbrauches und auf der Einführung eines neuen Preistarifes. Bemerkenswert ist weiter, daß trotz der schlechten Wirtschaftslage der Ausfall an Forderungen auf den gesamten Umsatz bezogen nur 0,3 Proz. beträgt. Dieser Prozentsatz ist als überaus günstig zu bezeichnen.

Der Koksabjaß, der wegen des milden Winters 1929/30 für den größten Teil der deutschen Gaswerke nur sehr schwierig und zu sehr gebrückten Preisen vollzogen werden konnte, ist durch das Verbandsgaswerk glatt und reibungslos durchgeführt worden. Dies war bedingt durch die günstige Kuppelung von Eigenzeugung und Gasbezug, die es ohne weiteres zulassen, die Nebenzeugnisse am Orte abzufahren.

Die in früheren Jahren verhältnismäßig hohen Rohrnetzverluste, bedingt durch den Bergabbau, sind durch Neuverlegung von Stahlrohren von 20 Proz. auf 10,22 Proz. herabgemindert worden.

Der Kohlenverbrauch betrug im Jahre 1930 = 9100 Tonnen, somit entfallen auf 100 Kubikmeter Gas 250 Kilogramm Kohle, oder umgekehrt 1 Tonne Kohle ergab 401,8 Kubikmeter Gas. Im eigenen Werk wurden produziert 3 656 320 Kubikmeter. Von der Industrie wurden geliefert 4 844 970 Kubikmeter. Die Gesamtlieferung betrug insgesamt 8 501 290 Kubikmeter. Hiervon verbrauchte die Stadt Beuthen rund 4 400 000 Kubikmeter und die Stadt Hindenburg rund 4 000 000 Kubikmeter, während auf die benachbarten Gemeinden 154 000 Kubikmeter entfallen.

Die größte Monatsabgabe wurde im Monat Dezember 1930 mit 1 000 000 Kubikmeter erreicht, die größte Tagesabgabe brachte der 19. Dezember mit rund 38 000 Kubikmeter. Die geringste Monatsabgabe mit rund 524 000 Kubikmeter der Monat Juni und die geringste Tagesabgabe der 9. Juni mit rund 12 000 Kubikmeter.

Von der gesamten nutzbaren Gasabgabe in beiden Versorgungsgebieten entfallen auf Hausaltgas 46,6 Proz., Heizgas 23,3 Proz., Gewerbegas 10,8 Proz., Straßenbeleuchtung 17,2 Proz., Selbstverbrauch 2,1 Proz. Der erzielte Durchschnittspreis für das Kubikmeter abgegebenes Gas ergibt sich für das Versorgungsgebiet der Stadt Beuthen (O.-Schl.) zu 14,74 Pf., für das Versorgungsgebiet der Stadt Hindenburg zu 12,99 Pf. und für das gemeinsame Versorgungsgebiet zu 7,22 Pf.

An Koks wurden erzeugt 6116 Tonnen. Die Teerproduktion erscheint in dem Geschäftsbericht mit 448 800 Kilogramm. Die Benzolgewinnung betrug 27 800 Liter. Gasmesser waren insgesamt in beiden Städten vorhanden 11 500. Betreut werden gegenwärtig vom Verbandsgaswerk rund 134 Kilometer Straßenrohrnetz, davon in Beuthen etwa 94 Kilometer und in Hindenburg etwa 40 Kilometer. Die Gesamtzahl der im Betrieb befindlichen Straßenternen betrug in Beuthen 776 und in Hindenburg 1211 Stück.

Interessant ist die Zusammenstellung über die Entwicklung der Gasabgabe vom Jahre 1924 bis einschließlich 1930. So gab Beuthen im Geschäftsjahr 1924/25 durch sein damals im Betrieb befindliches Gaswerk insgesamt 2 101 000 Kubikmeter Gas ab. Im Jahre 1930 lieferte das gemeinsame Verbandsgaswerk an die Stadt Beuthen 4 100 100 Kubikmeter. Die Stadt Hindenburg verbrauchte im Geschäftsjahr 1924/25 = 1 555 626 Kubikmeter Gas. Im Jahre 1930 = 3 374 661 Kubikmeter Gas. Die Zahl der Gasabnehmer hat sich in derselben Zeit vermehrt in Beuthen von 3982 auf 7260 und in Hindenburg von 2334 auf 4296.

Bemerkenswert ist noch die Tatsache der erhöhten Gasabgabe für Raumbeheizung. Es werden gegenwärtig mehrere Schulen, ein großes Verwaltungsgebäude, mehrere private Gebäude und eine große Kleinstwohnungsiedlung mit Gas beheizt. Ein abschließendes Urteil über die Rentabilität der Gasheizung liegt noch nicht vor, da auch hier verschiedene Kinderkrankheiten zu überwinden sind. Immerhin kann festgestellt werden, daß die Ergebnisse der Raumbeheizung nicht unbefriedigend sind.

Aus dem Geschäftsbericht geht zweifellos hervor, daß die Gruppen-Ferngasversorgung im ober-schlesischen Industriebezirk sich vollaus bewährt und daß die beiden Städte Beuthen und Hindenburg keine Veranlassung haben, ihre Gründung zu bedauern.

(Hindenburg-Dolksblatt.)

Reichs- und Staatsarbeiter

Sitzung des Hauptbetriebsrats im Bereich des Reichsfinanzministeriums. In der Vollsitzung am 19. und 20. Februar wurden eine Reihe Fragen behandelt, die sich mit dem zukünftigen Schicksal der Angestellten und Arbeiter innerhalb der Reichsfinanzverwaltung befaßten. Die ständige Unsicherheit in dem Beschäftigungsverhältnis dieser Arbeitnehmer wird durch vielseitige Maßnahmen in diesem Verwaltungszweige bedingt. Beinahe jede Aenderung der Steuer- und Abgaben- und damit zusammenhängende Umorganisationen zeitigen ihre unangenehmen Rückwirkungen für das nichtbeamtete Personal. Es ist deshalb verständlich, wenn die Bemühungen der Organisationen, diese Gehalts- und Lohnempfänger vor den schlimmsten Schädigungen zu bewahren, durch die Tätigkeit des Hauptbetriebsrats unterstützt werden. Die Sorge um die Erhaltung des Arbeitsprozesses wird noch dadurch vergrößert, daß von der Verwaltung die Einstellung von Versorgungsanwärtern in diese Stellen befürwortet wird. Um in dieser Frage Klarstellung herbeizuführen, wurde in der Hauptbetriebsratsitzung auch darauf Bezug genommen. — In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß man entgegen unseren TAR.-Bestimmungen insbesondere im Bereich des Reichswehrministeriums dazu übergegangen ist, Versorgungsanwärter in Lohnempfängerstellen einzustellen. Wenn auch diese Angelegenheit an anderer Stelle behandelt werden muß, so wäre es doch notwendig, hier eine grundsätzliche Stellungnahme herbeizuführen. Es ist auf weite Sicht gesehen nicht möglich, die Versorgungsanwärter auf die bisher beabsichtigte Weise unterzubringen. Es wäre deshalb die Frage zu prüfen, ob die Versorgungsanwärter nicht durch Zahlung einer höheren Abfindungssumme zu entschädigen sind, um so eine endgültige Regelung dieser Angelegenheit zu ermöglichen. — Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte, daß diese Frage vom Reichsministerium des Innern behandelt werden müßte. Darüber hinaus wurde erklärt, daß grundsätzliche Aenderungen nicht beabsichtigt sind und deshalb nicht zu befürchten sei, daß Entlassungen von Angestellten erfolgen, um Versorgungsanwärter dafür einstellen zu können. — Zur Frage der Auflösung der Finanzämter wurde von der Verwaltung zum Ausdruck gebracht, daß der Schrumpfungsprozeß zwangsläufig die Zusammenlegung von Finanzämtern mit den Bezirken verursacht. Von Auflösungen soll Abstand genommen werden, wenn durch Zusammenlegungen besondere Unkosten durch Neubauten erwachsen würden. In Süddeutschland werden 45 Angestellte und 5 Arbeiter durch Auflösung der Ämter betroffen. Es wurde zugesagt, die Präsidenten der Landesfinanzämter um anderweitige Unterbringung der abgebauten Kräfte zu ersuchen. — Zur Frage der unzulänglichen Beschäftigungsmittel für Arbeiter wurde darauf verwiesen, daß dadurch die Reinigung der Diensträume viel zu wünschen übrig lasse. Die Folge dieser Mittelkürzung ist die teilweise Einföhrung von Kurzarbeit und vor allen Dingen eine völlig untragbare Ueberlastung der Reinigungskräfte. Dieser unhaltbare Zustand ist inzwischen auch von der Verwaltung erkannt worden. Es wurde gesagt, daß ein Antrag auf Ueberschreitung dieses Titels zwecks Mehrbewilligung von Mitteln gestellt worden sei. — Mit dieser Vollsitzung war eine Erinnerungsfestfeier aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Hauptbetriebsrats verbunden. Ein großer Personenkreis hatte sich zu dieser Feier im Festsaal des Reichsfinanzministeriums zu-

sammengefunden. Nach einleitenden Ausführungen des Vorsitzenden des Hauptbetriebsrats nahm der Reichsfinanzminister das Wort. Er brachte zum Ausdruck, daß er die Tätigkeit des Hauptbetriebsrats voll zu würdigen wisse und auch künftig für ein gemeinsames Zusammenarbeiten eintreten wird. Anträge des Hauptbetriebsrats sollen dem Minister schriftlich unterbreitet werden, um eine Prüfung veranlassen zu können. Nachdem einige Reichstagsabgeordnete die Glückwünsche ihrer Fraktionen überbracht hatten, nahm Kollege Stetter im Auftrage aller beteiligten Organisationsvertreter das Wort. Er verwies auf die Verhältnisse der Vorkriegszeit; denen gegenüber ein bedeutungsvoller Wandel zu verzeichnen ist. Man braucht nur die Landtagsdruckachen der Vorkriegszeit nachzulesen, um feststellen zu können, wie Angestellten- und Arbeiterfragen behandelt wurden. Am Schluß wies Stetter darauf hin, daß die Auswirkungen der Gehalts- und Lohnsenkungsmaßnahmen der Reichsregierung für die Beschäftigten ganz unerträglich sind. Die mangelhafte Preislenkung hat keinen Ausgleich gebracht. Es müßte Aufgabe der Reichsregierung sein, nach dieser Richtung ihre ganze Macht zu entfalten, und wenn es durch Notverordnungen ist.

Sitzung des Hauptbetriebsrats beim Preussischen Finanzministerium und Ministerium des Innern vom 2. bis 4. Februar 1932. Kollege Hilke gab einen kurzen Geschäftsbericht über die Zeit vom 2. Oktober 1931 bis 1. Februar 1932, welcher ohne Diskussion entgegengenommen wurde. Da die Belieferung mit Schußkleidung noch nicht durchgeführt war, sah sich der Hauptbetriebsrat veranlaßt, nochmals dazu Stellung zu nehmen. Bei der Verhandlung wurde dann mitgeteilt, daß die Veröffentlichung bereits erfolgt sei. Der Hauptbetriebsrat hatte nicht nur Schußkleidung für die Wagenwächter sowie Mäntel für Probefahrten der Autoschlosser, sondern auch Schußkleidung (Drillhosenzüge) für die Autoschlosser, Unterkunftsarbeiter — soweit sie Kohlen tragen — und Mäntel für die Aktenwagenbegleiter gefordert. In einer Nachverhandlung am 24. Februar 1932 wurde zugestanden, daß den Autoschlossern sowie Unterkunftsarbeitern nach dem P.C. Schußkleidung zusteht und diese geliefert werden soll. Beschwerde wurde geführt, daß man auf Grund des Erlasses vom 8. Juli 1931 in verschiedenen Verwaltungen die Arbeitsstunden ganz gewaltig gekürzt hatte. Der Erlass ist nun dahin geändert worden, daß es nicht mehr heißt 700 bis 800, sondern 600 bis 800 Quadratmeter Reinigungsfläche. Außerdem soll auf die Lage und Beschaffenheit des Gebäudes sowie Fußboden und Ofenheizung besonders Rücksicht genommen werden. — Weiter wurde darüber Beschwerde geführt, daß die Anträge betreffend laufende Unterfertigung zu langsam bearbeitet werden. Es sind Fälle vorgekommen, in denen solche Anträge nach acht Monaten abgelehnt wurden. Eine Änderung ist zugesagt worden. — In zwei Verhandlungen wurde der Abbau von Kutschern in den Polizeiverwaltungen besprochen. Im ganzen kommen 31 Kutscher zum Abbau, davon 17 in Berlin. Eine Einigung ist dahin erzielt worden, daß andere Verwaltungen die abgebauten Kutscher übernehmen müssen. Nach einer Verfügung müssen sämtliche alten Kollegen, die das 65. Lebensjahr erreicht haben und 10 Jahre im Staatsdienst stehen, entlassen werden. Aufgabe der Betriebsräte ist es, darüber zu wachen, daß die abgebauten Kutscher in diesen Stellen untergebracht werden.

Nochmals die Arbeitseinteilung der Zivilhandwerker bei den Truppen. Im Nachgang zu der Verfügung vom 21. Oktober 1931 (J. „Öffentlicher Dienst“ Nr. 4) ist jetzt vom Reichswehrministerium unter dem 29. Februar 1932 noch folgende Verfügung erlassen worden:

„Ziffer 2 der Verfügung vom 21. Oktober 1931 — Nr. 126. 9. 31. V. 3. V. — bezweckt, im Interesse der Erhaltung der Fähigkeiten ihre Wirtschaftlichkeit durch Verringerung der bei einer Reihe von Truppenteilen zu hohen Handwerkerzahlen zu steigern. Der Abbau sollte, um Entlassungen möglichst zu vermeiden, durch anderweitige Verwendung der Handwerker oder durch natürlichen Abgang erfolgen. Bei Truppenteilen, bei denen die vorhandenen Handwerker aus Mangel an laufender Arbeit nicht voll ausgenutzt werden können, und bei denen ein Ausgleich in der oben angeführten Art und Weise nicht schnell genug zu dem Ziele der vollen Ausnutzung der Arbeitskräfte führen würde, kann auch von Entlassungen nicht abgesehen werden, es sei denn, daß die Arbeitervertretung sich gemäß Ziffer 1 der Ausführungsbestimmungen zu § 5 Z.N.R. mit einer hinreichenden Arbeitszeitkürzung einverstanden erklärt.“

Durch diese neue Verfügung sollen nur die Stellen betroffen werden, bei denen einwandfrei festgestellt wird, daß die gegenwärtig vorhandene Zahl der beschäftigten Handwerker so umfangreich ist, daß ihre volle Beschäftigung dadurch nicht gewährleistet ist. Es muß somit direkter Arbeitsmangel für einen Teil der beschäftigten Kollegen vorliegen, um überhaupt zu den Maßnahmen von Seiten der Dienststellenleitung schreiben zu können, die in der Verfügung zum Ausdruck gebracht wurden. Es kann sich nur um vereinzelte Fälle handeln, bei denen diese Voraussetzungen zutreffen. In den unserer Reichsabteilung B bisher zugegangenen Berichten stand überall, daß volle Beschäftigungsmöglichkeit vorliegt. Sofern von den Dienststellenleitungen entgegen unserer Stellungnahme Verfahren werden sollte, bitten wir, sofort dem Hauptbetriebsrat bzw. der Reichsabteilung B Mitteilungen unter genauer Angabe der Zusammenhänge bekanntzugeben.

RUNDSCHAU

Darf die Invalidenrente den in Ruhestand versetzten städtischen Arbeitern gekürzt werden? Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 § 5. Teil Kapitel 4 § 10 in Verbindung mit § 11 sieht u. a. die Kürzung bzw. das Ruhen der Invalidenrente vor neben Ruhegehältern und Wartegeldern auf Grund einer Beschäftigung nach §§ 1234 und 1242 der R.D.O., §§ 11 und 17 des Angestelltenversicherungsgesetzes und §§ 30 und 52 des Knappschaftsgesetzes bis zur Höhe dieser Bezüge. Einzelne Landesversicherungsanstalten versuchten nun auf Grund dieser Bestimmung auch den von den Stadtgemeinden den Arbeitern gezahlten Ruhegehältern die Invalidenrente entsprechend zu kürzen bzw. einzustellen. Eine solche Kürzung ist nun aber unzulässig, denn die Voraussetzungen der §§ 1234 und 1242 der R.D.O. sind in fast allen Fällen für diese Pensionäre nicht gegeben. Der § 1234 R.D.O. sieht nur dann eine Versicherungsfreiheit vor, wenn den in Frage kommenden Arbeitnehmern Anwartschaft auf Ruhegeld im mindesten Betrage der Invalidenrente gewährleistet ist. Diese Gewähr ist aber in den meisten Fällen für die in Frage kommenden Beschäftigten nicht gegeben. Insbesondere ist aber die Versicherungsfreiheit nicht ausgesprochen, sondern die Invalidenversicherung muß ausdrücklich aufrechterhalten werden. Fehlen aber diese Voraussetzungen, so ist auch keine Rechtsgrundlage für das Ruhen der Rente in der Invalidenversicherung gegeben. Durch Eingreifen des Arbeitersekretariats in Düsseldorf ist nun in den in Frage kommenden Fällen das ausgesprochene Ruhen der Invalidenrente rückgängig gemacht worden. Dasselbe trifft auch zu, wenn es sich um Hinterbliebenenbezüge aus der Invalidenversicherung handelt. Wo trotzdem noch solche Invaliden- und Hinterbliebenenrenten zum Ruhen gebracht worden sind, mögen sich die betreffenden Personen hiergegen zur Wehr setzen. Selbst wenn die Voraussetzungen des § 1234 R.D.O. gegeben sind, so werden die Rentner darauf achten müssen, daß ihnen die Rententeile trotz alledem für die Beiträge gezahlt werden, die sie freiwillig zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft geleistet hatten.

Die städtische Hausunratabfuhr in München. „Die Städtereinigung“ Nr. 3 schreibt: „Der Anfall des Münchener Hausunrats bezifferte sich im Jahre 1930 auf 119 981 Einspanner-Sammelwagen. Davon wurden 114 764 Sammelwagen nach Duchheim verfrachtet und 5217 Sammelwagen in Kiesgruben entleert. Der Fassungsraum eines Sammelwagens beträgt 2,85 Kubikmeter. Vorstehender Anfall, in das Kubikmaß umgesetzt, ergab 341 946 Kubikmeter Unrat. Das Gewicht von einem Kubikmeter Unrat beträgt im Durchschnitt 600 Kilogramm. Setzt man daher den Gesamtanfall von 341 964 Kubikmeter in das Gewichtsverhältnis um, so ergibt das 205 167 000 Kilogramm oder 205 168 Tonnen Unrat. — Von diesem Anfall trifft auf die 723 000 köpfige Bevölkerung des Abfuhrgebietes (Perlach und Daglfing liegen zunächst noch außerhalb des Zwangsanschlußgebietes der Hausunratabfuhr) verteilt, auf den Kopf 284 Kilogramm Unrat pro Jahr. — Zur Beseitigung vorgenannter Unratmengen mußten im Jahre 1930, und zwar im April mit Juni 6917 Waggons, Juli mit September 6684 Waggons, Oktober mit Dezember 7536 Waggons, Januar mit März 7554 Waggons, zusammen 28 691 Waggons an die Gesellschaft „Hausmüllverwertung München“ nach deren Fabrik in Duchheim überwiesen werden. Jeder dieser Eisenbahnwaggons war mit vier Sammelwagen beladen. Bei 300 Arbeitstagen im Jahre trafen im Durchschnitt 96 Eisenbahnwaggonladungen pro Tag zur Verfrachtung. Zur Bewältigung der angeführten Unratmengen waren für 1930 erforderlich 63 521 Manneschichten, 39 527 Pferdeschichten. Sonach wurden bei 300 Arbeitstagen im Jahre im Durchschnitt täglich verwendet: 211,7 Manneschichten, 131,8 Pferdeschichten. Die Leistung eines Pferdes betrug im Durchschnitt täglich 3,05 Sammelwagen. Um das Einsammelungs- und Verfrachtungsgeschäft ordnungsgemäß durchführen zu können, mußten täglich bereitstehen: 1000 Einspanner-Sammelwagen und 171 Eisenbahnwaggons zu einem Ladegewicht von 10 000 Kilogramm. Nach der 16 Kilometer entfernten Fabrik Duchheim, der Gesellschaft „Hausmüllverwertung München G. m. b. H.“ gehörig, gingen an jedem Werktag zwei, im Winter drei Unratzüge ab (Samstags ein bzw. zwei Züge). Im ganzen wurden im Jahre 1930 698 Unratzüge von München nach Duchheim befördert. Die Durchschnittsbelastung eines solchen Zuges betrug 41 Eisenbahnwaggons. In das Abfuhrgebiet, welches sich über 30 Stadtbezirke erstreckte, waren im Jahre 1930 1467 Straßen und Plätze einbezogen. Die Zahl der in das Abfuhrgebiet einbezogenen Anwesen betrug 22 823. — Die Kosten der Unratbeseitigung betragen 1930 pro Kopf 2,75 Mk.“

GÄRTNEREI · PARK · FRIEDHOF

Ungewöhnliche Schmutzkonkurrenz; der Karl Foerster GmbH.

Die Schwere der Krise wird einem „System“ zugeschoben, das mit beschämend geringer Sachkenntnis als das „marxistische“ bezeichnet wird; im gleichen Atemzuge wird die kapitalistische Wirtschaftsordnung gelobt, in der nur lauterste Gesinnung und edelste Grundsätze herrschen sollen. Die Bauern unter den Gärtnern machen davon keine Ausnahme, im Gegenteil, sie beteuern, daß nur die lautersten Motive sie leiten, wenn sie fordern, daß alle im öffentlichen Interesse auszuführenden Arbeiten ihnen zu übertragen seien. Vergleiche der bei der Ausschreibung solcher Arbeiten abgegebenen Angebote, wie sie z. B. in der Gartenbauwirtschaft 1931 Nr. 30 angestellt wurden, sind allerdings „Etwas zum Nachdenken“ für alle Beteiligten und für die Steuerzahler. Aber noch Schlimmeres und Bedenklicheres wird oft unter Ausschluß der Öffentlichkeit geleistet, und zwar von Leuten, von denen es mancher nicht für möglich gehalten hätte, die in der Öffentlichkeit Wert darauf legen, nicht nur als Künstler und Schönheitsapostel, sondern auch als erklässliche Menschen mit Seelenadel zu gelten. — Dazu dürfte allgemein Herr Karl Foerster (Bornim-Potsdam) zählen, der mit als Herausgeber der Gartenschönheit zeichnet, aber auch eine Staudengärtnerei und Landschaftsgärtnerei betreibt.

Weite Kreise, vor allem die der Gartengestalter, werden aber wohl anderer Ansicht werden, wenn ihnen, so wie uns, ein Windstoß jenes Rundschreiben zumeht, das die Karl Foerster G. m. b. H. im Januar d. J. vielen Gartenbesitzern zugesandt hat mit einem „ungewöhnlichen Vorschlag für eine Gartenpflege auf ganz neuer Grundlage“. Dieser sieht folgende Leistungen der Firma vor:

„Kostenlose erstmalige allgemeine Beratung und Durchsicht Ihres Gartens durch einen erfahrenen Gartenarchitekten.

Kostenlose periodische Ueberwachung des von uns gestellten Pflegers mit dem Hinblick auf möglichste Vereinfachung und Verbilligung der Pflege.

Kostenlose Ersatzlieferung nicht angegangener durch uns gesetzter Pflanzen.

Kostenloser Empfang von Schnittblumen in unserer Gärtnerei in den Hauptblumenmonaten April bis Anfang November. Sonntags oder Sonnabends nach vorheriger Bestellung.“

Kollegen, werbt für euer „Gärtnerei-Fachblatt“

Die einzige „Grundverpflichtung“ des Gartenbesitzers für alle diese kostenlosen Leistungen soll darin bestehen, daß er „die aller-notwendigsten Arbeiten in seinem Garten durch mindestens acht Arbeitsstunden monatlich zu dem ungewöhnlich niedrigen Vorzugspreise von 1,25 Mk. für die Stunde, wobei alle Speesen eingeschlossen sind, durch einen erprobten Gärtner der Firma Foerster vornehmen läßt.“

Der angebotene Vorzugspreis für geleistete Arbeiten ist wirklich so „ungewöhnlich niedrig“, daß man unter normalen Menschen solche Maßnahme als unanständige Schmutzkonkurrenz bezeichnet, die selbst unter kapitalistischen Unternehmern als eine unehrenhafte Handlung gilt. Man muß nämlich bedenken, daß der gemäß Notverordnung herabgesetzte Tariflohn des Groß-Berliner Landschaftsgärtnergehilfen 1,13 Mk. pro Stunde beträgt.

Selbstverständlich denkt diese Firma nicht daran, diesen Tariflohn ihren Gehilfen zu zahlen; denn für den ungewöhnlich niedrigen Lohnzuschlag sind unmöglich die Leistungen, zu denen sie sich verpflichtet, auf ehrliche Weise zu erfüllen. Sie hofft eben, unter dem ungeheuren Druck der Krisennotte genügend Arbeitskräfte zu erhalten, die unter Verzicht auf einen ehrlichen Lohn ihr bei der Schmutzkonkurrenz gegenüber den anständigen Firmen behilflich sein werden.

Es wird eine Ehrensache unserer Verbandskollegen sein, sich dafür einzusetzen, daß die faulen Spekulationen berartiger „Edelmenschen“ zu Schanden werden.

Schmachvolle Schädigung durch landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft

Die Festsetzung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste in den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften vermittelt uns stets ein handgreifliches Beispiel von dem „Wohlergehen“ der gärtnerischen Arbeitnehmer, wenn ihr Arbeitsrecht in jeder Beziehung dem in der Landwirtschaft geltenden untergeordnet wäre. Jüngst sind nun diese Jahresarbeitsverdienssätze, nach denen sich die Entschädigungen bei Unfällen richten, von der sächsischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft festgesetzt worden, auch für die „Garten-, Wein-, Obstbau- sowie Friedhofsarbeiter“, einbezogen sind sogar die Blumenbinder und -binderinnen. Und wie diese Festsetzung erfolgt ist! — Wir stellen die jetzt geltenden Sätze den bisherigen ab 1. Januar 1930 gegoltenen gegenüber:

	über 16 Jahre		über 21 Jahre		über 65 Jahre	
	bisher	jetzt	bisher	jetzt	bisher	jetzt
Gärtner, Obergehilfe, Friedhofsverwalter	957	813	1545	1119	1161	987
Gärtnergehilfe, Binder, Parwärter	912	780	1470	1068	1104	939
Gärtnerin, Binderin	801	678	975	711		624
Gartenbau- und Friedhofsarbeiter	870	744	1200	1020	771	900
Arbeiterinnen	762	645	801	678	600	510
Gutsobergärtner	957	813	1320	1119	990	840
Gutsgehilfen v. -Gehilf.	912	780	1260	1068	945	804

Diese Herabsetzungen bedeuten für die über 16 Jahre alten Versicherten rund 15 Proz., für die über 21 Jahre alten mehr als 27 Proz. und für die über 65 Jahre alten 15 bis 19 Proz. Ist die willkürliche Festsetzung des „durchschnittlichen“ Jahresarbeitsverdienstes an sich eine ungeheure Schädigung der in landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften gegen Unfall versicherten Arbeiterschaft, so stellt die jetzige Kürzung den Gipfel der Unverschämtheit dar. — Bei Zugrundelegung von nur 312 Arbeitstagen im Jahre, ohne Berücksichtigung der sonntäglichen Arbeit und der sonst üblichen Ueberstunden, errechnet sich für den Obergehilfen ein Tagesverdienst von knapp 3,60 Mk., bei nur mit 10 Stunden angenommener täglicher Arbeitszeit beträgt also der Stundenlohn eines Obergehilfen unter der Obhut der sächsischen Fachkammer für Gartenbau jetzt 36 Pf., eines Gehilfen etwa 34 Pf., einer Binderin noch nicht 23 Pf.! — Eine Schmach und Schande!

An der „Gartenbau- und Friedhofs-Berufsgenossenschaft“ in Kassel ist gewiß auch noch manche Kritik zu üben, aber es sei hervorgehoben, daß sie bei der Berechnung der Unfallrenten mit nur wenigen Ausnahmen den tatsächlichen Arbeitsverdienst zugrunde legt, wie das in der gewerblichen Unfallversicherung allgemein geschieht.

Gärtnerische Rundschau

Die Wahlen zu den Landwirtschaftskammern. In Ergänzung unserer Notiz über die Wahlen zu den Landwirtschaftskammern ist zu berichten, daß in Niederschlesien die Nazis 29 Mandate errangen, während auf den Landbund 8 und die schlesischen Bauernbünde ebenfalls 8 Mandate entfielen. In Württemberg dagegen sind die Nazis bös abgerutscht. Von 10 Kandidaten vermochten sie nur einen durchzubringen.

Die Gärtnerei des Leunawerkes verpachtet. Die bisher in eigener Regie des Leunawerkes unter Leitung des Gartenarchitekten Hans Gerlach betriebene Werksgärtnerei mit vorbildlicher Unterhaltung der ausgedehnten Gartenanlagen ihrer Wohnsiedlungen, Spiel- und Sportanlagen ist vor einigen Monaten verpachtet worden. Der bisherige Leiter ist als freischaffender Gartengestalter nach Königsberg i. Pr. übergesiedelt. Den Gärtnereibetrieb hat der bisher bei der Stadtverwaltung Halle tätige Gartenarchitekt Mängel übernommen. In welcher Form nun die Unterhaltung der umfangreichen Grünanlagen erfolgen soll und wird, entzieht sich noch unserer Kenntnis.

Das russische Problem

Ueber dieses Thema sprach Bürgermeister Sauerbrey, Solingen-Ohligs, in einer gewerkschaftlichen Funktionärversammlung in Wuppertal-Barmen. Der Redner entwarf ein Bild der Geschichte Rußlands, seiner wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Struktur und der Volksseele bis zum Ausbruch der Oktoberrevolution im Jahre 1917. Achtzehnmal größer als Deutschland, viermal größer als Europa, hat das Riesenreich alle Voraussetzungen für den Aufbau einer gewaltigen Wirtschaft. Aus dem russischen Boden strömt das Öl, in seinem Boden ruhen Kohlen-, Eisen-, Mangan- und andere Schätze. Holz- und Bodenreichtum ist in schier überreichem Maße vorhanden. — Durch eine jahrhundertlange brutale Despotie ist das Volk von jeder Kultur ferngehalten, jede geistige Regung unterdrückt worden. 75 Proz. des Volkes waren Analphabeten. Obwohl 1862 durch den Zaren Alexander II. die Leibeigenschaft der Bauern, die fast 75 Proz. der Bevölkerung ausmachte, aufgehoben war, bestand sie nach der „Befreiung“ faktisch und praktisch weiter.

Die Märzrevolution 1917 mit Kerenski an der Spitze, setze die schwache Schicht der Grundbesitzer und der Bourgeoisie davon. Kerenskis Traum von einem demokratischen Rußland ging nicht in Erfüllung. Lenin, der große Führer der Kommunisten, richtete auf die Diktatur der Kommunistischen Partei, wobei er die Methoden der zaristischen Despotie mit übernahm.

Die erste Periode der bolschewistischen Politik ist der Kriegskommunismus, der sich bald abgewirtschaftet und die Produktion fast zum Stillstand gebracht hat. Er wurde liquidiert durch die Nep (Neue Wirtschaftspolitik). Sie ließ neben der vom Staat betriebenen landwirtschaftlichen und industriellen Produktion in einem bedingten Umfange auch das Privateigentum bestehen, ausgehend von dem Gesichtspunkt, daß Rußland wirtschaftlich um Hunderte von Jahren in der Entwicklung gegenüber den westeuropäischen Staaten zurückgeblieben, Revolutionen und Konterrevolution die Produktionsstätten und Verkehrsmittel zum Teil zerstört hatten.

Aber auch diese Politik, die bereits in den ersten Jahren einen starken Aufschwung der Produktion gezeitigt hatte, wurde nach dem Sieg des linken Flügels der Kommunistischen Partei liquidiert.

Es folgte die Periode der sogenannten Generallinie. Sie hat als Grundlage den Fünfjahresplan, zweifellos eine der größten Schöpfungen eines Volkes überhaupt. Auf fünf Jahre im voraus sollte Rußlands neue Entwicklung planmäßig festgelegt, die Produktionsmittel und die Produktion selbst auf eine Höhe gebracht werden, wodurch Rußland vollkommen unabhängig von der übrigen Welt gemacht werden könne. Der Fünfjahresplan wurde Wirtschaftsprogramm und Evangelium zugleich. Er ist, betrachtet man die psychologischen Wirkungen in Rußland, über die Grenzen hinaus die neue Religion. Die Maschine ist zum Götzen geworden. Von ihr erwartet das russische Volk, besonders die fanatisierte Jugend, das Heil Rußlands, das Heil der Welt.

Es kommt nicht darauf an, ob der Fünfjahresplan zu 60, 70 oder 100 Proz. durchgeführt wird, auch bei teilweiser Durchführung bedeutet er den Anfang einer wirtschaftlichen Entwicklung, die sich zu gigantischen Ausmaßen auswirken kann und das Schicksal Europas und der ganzen Welt beeinflusst, vielleicht bestimmt. Uns interessiert mehr die Frage:

Wie wird der Plan durchgeführt? Des Genossen Bauers Wort: „Der Fünfjahresplan muß erhungert werden“, trifft die Wahrheit noch nicht in seinem vollen Umfang. Der Plan wird unter Verzicht auf jede Freiheit, unter Vernichtung zahlreicher Existenzen und unter entsetzlichen Leiden der Bauern und Arbeiter Rußlands zu verwirklichen versucht. Die 75 Milliarden Rubel, die zur Durchführung des Planes erforderlich sind, müssen, weil die bolschewistischen Machthaber keine Auslandsgelder erhalten, kein eigenes Kapital besitzen, aus dem Volksvermögen genommen und durch Verkauf lebenswichtiger Produkte, die das Volk bitter notwendig braucht, aufgebracht werden. — Mit amerikanischen Maßstäben sind die vorgesehenen Werke und Industrieanlagen zu messen. Das im Bau befindliche Kraftwerk Dneprostroj wird mit seinen acht Riesenturbinen und 1½ Meilen langem Staudamm das größte Kraftwerk der Welt und stellt mit seiner gedachten Leistung von 2,5 Milliarden Kilowatt Strom sämtliche Kraftwerke der Welt, selbst das Niagarawerk, in den Schatten. — Im Stahlgürtel Magnetogorsk wird mit einem Kostenaufwand von 800 Millionen Rubel die größte Stahlkammer der Welt entstehen, mit acht Riesenhochöfen und einer Leistung auf dem Gebiete der Eisenerzeugung von 4 Millionen Tonnen. In Nischnij-Nowgorod soll eine Autofabrik im Jahre 1933 in

Betrieb sein, die jährlich am laufenden Band 140 000 Autos produziert. Rußland will im Jahre 1933 auf dem Gebiete der Eisen- und Stahlherzeugung an der Spitze der Weststaaten stehen und seine Abfesterzeugung von 56 000 auf 250 000 Tonnen steigern, damit Kanada um das Doppelte übertreffen. Auch die Manganerzeugung soll in der Hauptsache zu Ausfuhrzwecken auf das Vielfache gesteigert werden.

Um aber diese Ziele zu erreichen, müssen die russischen Machthaber nicht nur alle frühkapitalistischen Ausbeutungs- und Antreibermethoden in den Betrieben zur Anwendung bringen, sondern den Lebensstandard der Bauern und Arbeiter so niedrig wie nur möglich halten. Allerdings sieht der Fünfjahresplan auch eine Erhebung der Lebenslage vor, er macht sie aber abhängig von der Steigerung der Produktionsergebnisse. Stalin hat in den Betrieben den Leistungslohn, die Akkordarbeit, das Prämienystem eingeführt, und das System der Stoßtruppen. Sie bestehen aus Facharbeitern, meist aus Deutschland und Amerika, und haben die Aufgabe, die Arbeiter durch ihre Produktionsleistungen auf das äußerste anzuspannen.

Der Lohn des russischen Arbeiters bewegt sich zwischen 60 und 80 Rubel im Monat. Entscheidend aber ist nicht die Lohnhöhe, sondern das, was für den Lohn gekauft werden kann. Hier aber stoßen wir auf das Elend der russischen Arbeiterbevölkerung. Die russische Währung ist ein Mysterium. Sie wird bestimmt von dem dem bolschewistischen Wirtschafts- und Handelssystem innewohnenden Bedingungen. 75 Proz. seiner Bedürfnisse deckt der Arbeiter im staatlichen Konsumverein, 25 Proz. im freien Handel. Während Weizen, Eier, Geflügel, Fette und andere zum Aufbau des Körpers erforderlichen Produkte nach dem Ausland ausgeführt werden, um Devisen hereinzubekommen, werden diese wichtigen Produkte dem eigenen Volk entzogen.

Die Behauptung der Kommunisten, daß diese Leiden ertragen werden in dem Bewußtsein für den sozialistischen Aufbau zu hungern, widerlegte der Redner mit dem Hinweis, daß sich Rußland in der Entwicklung zum ausgesprochenen Staatskapitalismus befindet. An die Stelle der Kapitalisten ist eine kleine Oberschicht, die Kommunistische Partei, getreten, die sich immer weiter von der Gefühlswelt der Arbeiter entfernt. Es entsteht eine neue Herrscherklasse, die mit allen Mitteln ihre Herrschaft zu festigen sucht.

Der Bolschewismus wird sich behaupten. Er ist zunächst nicht zu erschüttern. Der Staatsorganismus befindet sich in der Hand der Kommunistischen Partei. Sie gebietet über die Rote Armee und das gefürchtete und schlimmste Instrument des russischen Staates, die Politische Polizei.

Die deutschen Arbeiter müssen sich jede Einmischung der russischen Machthaber in die deutschen Verhältnisse, vor allem in die deutsche Arbeiterbewegung, verbitten. Was sich in Rußland vielleicht aus der wirtschaftlichen Struktur des Landes, aus den politischen Verhältnissen und der geistigen Verfassung des Volkes erklären läßt, ist nicht anwendbar auf Völker, die eine mehr als tausendjährige Kultur hinter sich haben und auf eine Arbeiterbewegung, die in der Verwirklichung einer wahren Demokratie das Ziel ihres Kampfes erblickt. Auf Deutschland und Europa das bolschewistische System übertragen würde bedeuten einen Rückfall in längst überwundene Zeiten, in eine Art zivilisierter Barbarei.

Für Deutschland ist und bleibt die Demokratie die einzig gegebene Staatsform. Wir haben die historische Aufgabe, das Volk zur Demokratie zu erziehen und auf diesem Boden alle Hand- und Kopfarbeiter zusammenzufassen, um mit ihnen den Kampf gegen den Weltkapitalismus zu führen, damit aus der jetzt noch anarchischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die sozialistische geformt werde. Auch die kommunistischen Kollegen sollten einsehen und verstehen lernen, daß ein für alle Länder gültiges Schema des Klassenkampfes nicht aufgestellt werden kann, daß vielmehr die Arbeiterbewegung jedes Landes die Struktur der Wirtschaft, die geschichtliche Entwicklung und das Eigenleben des Volkes widerspiegelt.

Das russische Problem ist für uns keine Hoffnung. Es führt, wenn das graufame Erwachen kommt, zur Resignation und Hoffnungslosigkeit und stärkt damit den drohend anmarschierenden Faschismus. Ihn zu schlagen und mit seiner Niederlage die Demokratie zu festigen, ist die nächste und Hauptaufgabe der Arbeiterbewegung. Von der bewährten Methode des organisierten Kampfes in Massenorganisationen dürfen wir keinen Schritt abweichen. Nur diese Methode führt zum Ziele

Bildungsarbeit

Neue Mittel für die Werbe- und Bildungsarbeit

Es liegt im Wesen der Gewerkschaften begründet, daß immerfort geworben, agitiert werden muß. In vieltausendfältiger Wiederholung treten die Gewerkschaften an die immer noch zahlreich vorhandenen Unorganisierten und an die neu ins Erwerbsleben tretenden Jugendlichen werbend heran. Gewerkschaften formen ihren Einfluß aus der Stärke ihrer Finanzen und der Zahl ihrer Mitglieder. Geheiligter Kräfteeintrag setzt immer stärkere Erfassung der Werktätigen voraus. Dieser Voraussetzung will die Werbearbeit dienen. Daß sie bitter notwendig ist, wird allgemein anerkannt. Anders verhält es sich jedoch mit den Mitteln und Methoden dieser Werbearbeit. Der kritische Beobachter muß feststellen, daß leider neue Wege auf diesem Gebiet nur sehr zögernd gegangen werden. Meist wird heute noch agitiert wie in der „guten alten“ Zeit. Hier sollte Wandel geschaffen werden. Aus der Praxis der modernen Werbung der Industrie und Wirtschaft kann die Gewerkschaftsbewegung viel lernen. Noch werden von uns die vorhandenen Werbemittel (öffentliches Anschlagswesen, Lichtreklame an Häusern, auf Plätzen, Werbungen in Straßenbahnen und Eisenbahnen usw.) gar nicht ausgenutzt. Aber auch sonst ist die Wirtschaftsreklame zu einer psychologisch stark unterbauten Wissenschaft geworden. Eine Unmenge Literatur behandelt dieses Problem. Aus ihr zu lernen, sollte auch Aufgabe der Gewerkschaften sein.

Das gleiche gilt für die Bildungsarbeit. Auch da wird noch viel zuviel nach alt hergebrachten Regeln gearbeitet. Das ist uns Dresdenern wieder einmal durch einen Vortrag des Wiener Genossen Dr. Ehrlich eindringlich gezeigt worden. Der über die Grenzen seiner Heimat hinaus bereits bekannte Wirtschaftsfachverständige und Psychologe zeigte, welche neuen Wege und Mittel möglich und brauchbar sind. Dr. Ehrlich stellte seinen Vortrag unter das sehr merkwürdige und rätselhafte Thema „Die Kartelle und das Zebra“. Mit dem Thema bereits beginnen die feinen psychologischen Wirkungen des Vortragenden. Das eigenartige Thema mit seiner zunächst gar nicht verständlichen Gegenüberstellung wurde zum Ausgangspunkt einer steigenden Spannung gemacht, welche die Aufnahmebereitschaft der Hörer bis zum Ende des Vortrages wach hielt.

Die mündlichen Darbietungen des Vortragenden wurden im ersten Teil durch 30 Lichtbilder sehr wirksam unterstützt. Im zweiten Teil lief ein 800 Meter langer Film. Die schwierigsten Probleme des wirtschaftlichen und des gesellschaftlichen Lebens wurden auf Bildern verblüffend einfach und eindringlich verständlich gemacht. Die komplizierten Fragen der Betriebsformen wurden wundervoll zerlegt und aufgeschlossen. Um nur ein Bild herauszugreifen, sei vom Kreditgeschäft gesprochen. Welcher Arbeiter hat eine rechte Vorstellung von dem Zirkulationsprozeß des Geldes, das vom Sparer auf die Sparkasse oder Bank und von dort in großen Beträgen in die Wirtschaft gegeben wird. Das wird an einem Bilde mit einer durchsichtigen Sparkasse so dargestellt, daß in dem einen Zimmer Sparer Einlagen einzahlen, die im Sparbuch vermerkt werden. Das Geld wandert von den Schaltern in ein Nebenzimmer, aus dem es von einem Bankier in bestimmte Kanäle geleitet wird, die wiederum in Unternehmungen ihre Mündung haben. Ganz eindringlich wird in diesem Bilde der Fluß des Kapitals gezeigt. Die Wirkungen Dr. Ehrlichs sind deshalb so verblüffend, weil er nichts bei seinen Hörern voraussetzt. Mit solchen ausgezeichnet durchdachten Zeichnungen und einzigartigen Photomontagen erweckte der Vortragende genügend Verständnis für die freie Konkurrenz — und ihr Gegenteil, die Monopolwirtschaft. Die Bildung von Kartellen, Trusten und Monopolen und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen wurden ganz feinsinnig in Zeichnungen dargestellt.

Im zweiten Teil seines Vortrages zeigte Dr. Ehrlich den bereits erwähnten Film, der zeigen soll, daß man heute überall im Wirtschaftsleben auf Kartelle und Truste stößt. Dieser Film ist wiederum ein wohlgelungener Beweis für die Möglichkeit, Lehrgegenstände durch Spielhandlungen filmisch einprägsam darzustellen.

Es ist ganz unmöglich, auf alle Einzelheiten des allen Arbeiterorganisationen zu empfehlenden Vortrages einzugehen. Zusammen-

fassend kann nur gesagt werden, daß auf dem Gebiete der Werbe- und Bildungsarbeit noch ungeahnte Möglichkeiten, auch für die Gewerkschaften erschlossen werden können. Die augenblickliche Notzeit wird es weniger gestatten, kostspielige Neuerungen zur Einführung zu bringen. Dennoch sollte aller Not zum Trotz nicht vergessen werden, immer wieder Ueberlegung und Betrachtungen über Anwendung neuer Mittel und Methoden auf dem Gebiete der Werbe- und Bildungsarbeit anzustellen. Der Verbandsvorstand jedoch sollte dazu übergehen, Fachleute und bewährte Praktiker über diese Dinge zu seinen verantwortlichen Angestellten sprechen zu lassen. Die Bundeschule in Bernau wäre die geeignete Stelle, die auch diesen Dingen mit Ernst nachzugehen hätte.

O. Kurpat.

Unsere Jugend

Die Jugend ruft!

Unter diesem Motto fand der Werbeabend der Jugendabteilung des Gesamt-Verbandes Berlin am 11. März im festlich geschmückten großen Saal des Gewerkschaftshauses statt. Und die Jugend kam! Ob es sich nun um das Lehrmädchen, die jugendliche Hausangestellte, die Stenotypistin oder um den Liftboy, den Bollejung, den Gärtnerlehrling, den angehenden Straßenbahner, den Wäschefahrer oder Ausläufer handelte, sie alle waren da. Beängstigend war das Getriebe in den oberen Räumen und manchem „Neuen“ war es nicht leicht, sich in all der Lebendigkeit, die die Jugend nun einmal besitzt, zurechtzufinden. Aber sie fanden bald Anschluß, und nach einem Stot gespielten spanischen Marsch und einem Rondino war alles Auge und Ohr, was noch kommen sollte. Hans Müller hatte eindringlich in seinem Prolog gezeigt, worauf es ankommt. „Auch du steh auf, werde jetzt ein Mann der Tat. Vereinzelt seid ihr nichts, vereint alles!“ Die „Roten Funken“ hatten sich redliche Mühe gegeben und gezeigt, was sie können. Es steckte aber doch in dem Spiel, das die Arbeitslosigkeit, den Aufstieg Hitlers und sein schauspielerisches Gehebe glossierte, ein großes Stück Tragik unserer Zeit. Die Hingabe, mit der die Jugend ihre Darbietungen brachte, zeigte ein inneres Verwachsen mit den politischen und wirtschaftlichen Nöten der Gegenwart. Die Eisernen Front wird aber den gesamten Ansturm der Reaktion zunichte machen. Viel Beifall hat „Der Junge Chor“ mit seinen Darbietungen ausgelöst.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand eine Ansprache des Kollegen Reißner, der sehr eindringlich der Jugend schilderte, was sie zu verlieren hat, wenn die faschistischen Horden an die Macht kommen. Zweier Generationen bedurfte es, um all die sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeitnehmer zu verankern und auszubauen, Vorteile, die viele deutsche Arbeiter als selbstverständlich hinnehmen. Was die Alten geschaffen, ist für die Jugend. Die Jugend, auf die wir stolz sind, muß sich des Erbes der Väter würdig zeigen. Gewiß leidet die junge Generation unter der wirtschaftlichen Not, und es ist verständlich, wenn sie im vorwärtsdrängenden jugendlichen Stürmergeist all die Hemmnisse, die der Arbeiterbewegung entgegenstehen, rasch beseitigen will. Aber der Rat der Alten ist notwendig, und jugendlicher Optimismus und Kämpfergeist kann nur mit Vernunft gepaart zum Ziele führen. Aber gerade das ist es, was der nationalsozialistischen und der kommunistischen Jugend abgeht. Was du ererbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen! Das muß auch auf die Gewerkschaftsbewegung, auf unseren Gesamt-Verband angewendet werden. Die Jugend muß sich der großen Aufgaben bewußt sein, die sie einmal zu übernehmen hat.

Die beiden anschließenden gemischten Chöre, die erklangen in den Ruf: „Vorwärts! Wagen!“ waren geradezu eine Ergänzung der Ansprache des Kollegen Reißner. Ein symbolisches Spiel unserer Zeit wies auf die Notwendigkeit des Kampfes, nicht aber des Verzweifels hin und begeistert stimmte die Jugend ein in das Schlußlied: Jungvolk! Kameraden! Laßt uns gemeinsam schreiten Kommt herbei, tretet ein in unsere Bahnen. Laßt weh'n die roten Fahnen!

Die zufriedenen Gesichter all der Jungens und Mädels, aber auch die der mit erschienenen Eltern ließen erkennen, daß alle den Sinn der Veranstaltung begriffen hatten:

Werben und wirken für den Gesamt-Verband!

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Der nationalsozialistische SA-Führer von Ludwigshafen wurde am 9. März unter dem Verdacht des Sprengstoffdiebstahls verhaftet. In Birmensdorf wurden mit dem Sprengstoff Bomben hergestellt, von denen über dreißig beschlagnahmt wurden. Aus Mitteilungen des Oberstaatsanwalts in Zweibrücken geht hervor, daß noch weiteres Sprengmaterial versteckt ist.

Nationalsozialistische Hochverräter bei der Berliner Polizei wurden am 9. März festgesetzt und verhaftet. Es handelt sich um den Polizeileutnant Lange und den Polizeiwachmeister Schulz-Briese und dessen Braut, die Buchhalterin Gertrud Müller, die beim Schrader-Verband angestellt ist. Die Angeeschuldigten sind überführt, sich Mäntel der Polizeiunterkünfte und der Waffen- und Munitionslager verschafft und an die maßgebenden Stellen der Nationalsozialistischen Partei in Berlin weitergeleitet zu haben. Der Hochverrat wurde aufgedeckt durch einen Polizeiwachmeister, dem das Benehmen des Polizeileutnants verdächtig vorkam.

Nationalsozialistische Mörder schossen am 9. März in Breslau einen Sozialdemokraten nieder, weil er die Zettelverteiler aus seinem Hause wies.

Einen Stillstand der Arbeitslosigkeit zeigt die Arbeitslosenzahl von Ende Februar. Es sind rund 6 128 000 Arbeitslose gemeldet, also annähernd ebensoviel wie Mitte Februar.

Das Gesamtbilanz des Reichs beziffert sich gegenwärtig einschließlich der übernommenen Fehlbeträge vom Vorjahre auf 1,16 Milliarden Mark. Der Monat Januar zeigte in den Reichseinnahmen eine Besserung.

Der Reichsbankzins wurde mit Wirkung vom 9. März von 7 Proz. auf 6 Proz., der Lombardfuß von 8 Proz. auf 7 Proz. herabgesetzt.

Das Reichsarbeitsministerium hat nun unter dem Druck des ADGB und des AL-Bundes, die einen Krisenkongreß nach Berlin einberufen haben, auch von sich aus ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in größerem Maßstabe ausgearbeitet und dem Reichskabinett zur Beratung zugeleitet.

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten beläuft sich für den Durchschnitt des Monats Februar auf 122,3 gegenüber 124,5 im Januar.

Die jugoslawische Nationalbank hat eine vollständige Devisensperre verhängt und die Veröffentlichung der monatlichen Handelsbilanz eingestellt. Das ist gleichbedeutend mit einer Zahlungsunfähigkeit Jugoslawiens.

Svar Kreuger, der schwedische Zündholzmagnat, hat sich am 12. März in Paris erschossen, wahrscheinlich infolge geschäftlicher Fehlspekulationen. Die schwedische Regierung hat, um einen Run auf die Banken abzuwehren, die Börsen auf drei Tage geschlossen und den Kreuger-Unternehmungen Zahlungsausschub gewährt.

Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz am 13. März hatten folgendes Ergebnis: Sozialdemokraten 16 166 Stimmen, 10 Mandate; Haus- und Grundbesitzer 1588 Stimmen, 1 Mandat; Bürgerliche Mitte 3045 Stimmen, 1 Mandat; Nationalsozialisten 14 233 Stimmen, 9 Mandate; Kommunisten 5450 Stimmen, 3 Mandate; Deutschnationale in Listenverbündung mit Bauernverein 18 469 Stimmen, 11 Mandate; Christlichsoziale 796 Stimmen, 0 Mandat.

Die Landratswahl im Saargebiet am 13. März hatte folgendes Ergebnis: Sozialdemokraten 3 Mandate (- 2), Kommunisten 6 Mandate (+ 3), Nationalsozialisten 2 Mandate (+ 2), Deutschnationale 2 Mandate (+ 1), Deutsche Volkspartei 3 Mandate (- 1), Wirtschaftspartei 1 Mandat, Zentrum 0 Mandate.

Aus unserer Bewegung

Magdeburg. In der Mitgliederversammlung am 4. März sprach Kollege Reißner, Berlin, über „Eiserne Front gegen Faschismus“. — In der Aussprache gab der Kommunist Behrens mit seinen Ausführungen ein Beispiel von Fanatismus und Weltfremdheit. Es war dem Referenten ein leichtes, die verworrenen Ausführungen Behrens zu widerlegen. Die nachstehende Entschließung fand gegen drei Stimmen Annahme:

„Die am Freitag, dem 4. März, im Saale des „Wilhelmspark“ in Magdeburg tagende Mitgliederversammlung der Ortsverwaltung Magdeburg des Gesamt-Verbandes erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten über „Faschismus und Eiserne Front“ einverstanden. Die Versammlung erklärt den Faschismus als den schlimmsten Feind der Arbeiterschaft, der nur zu dem Zweck geschaffen ist, mit den Geldmitteln des Großkapitals die Arbeiterklasse niederzuwerfen und alle Rechte für die aufstrebende Freiheit sowie alle Errungenschaften auf politischem und sozial-politischem Gebiet wieder zu rauben und zu vernichten. Die Versammlung begrüßt deshalb die Bildung der Eisernen Front als die einzige große Abwehr und Angriffsfrente des Proletariats, die zu dem Zweck geschaffen ist, die Demokratie und die Verfassung sowie die Republik mit

allen Mitteln nicht nur zu verteidigen, sondern in den bevorstehenden Entscheidungskämpfen den Faschismus niederzuschlagen. — Deshalb fordert die Versammlung alle Mitglieder des Gesamt-Verbandes auf, sich in die gebildeten Kampfgruppen der Eisernen Front einzureihen und sich bei den kommenden Kämpfen überall zur Verfügung zu stellen.“

Der Rest dieser Entschließung forderte zur Wahl Hindenburgs auf. Mit einem Hoch auf die Eisernen Front, den Gesamt-Verband und die internationale Arbeiterbewegung fand die imposante Versammlung ihren Abschluß.

Saargebiet. Am 5. März 1932 ist unser Kollege Anton Schall, Neunkirchen-Saar, nach längerem Leiden verschieden. Sein ruhiges, überlegenes, mit rheinischem Humor gewürztes Wesen, fehlt nun für immer in unseren Reihen. Als langjähriges Mitglied der Ortsverwaltung des Saargebietes und des Verbandsbeirats hat er mitgewirkt an den Geschicken der Organisation. In schwierigen Situationen fand sein allzeit hilfsbereiter Wille einen Ausweg. Auf seine Tatkraft war jederzeit zu rechnen. Noch vor drei Monaten gab er bei der Werbearbeit für den Gesamt-Verband ein leuchtendes Vorbild; er konnte in seinem Neunkirchener Werbegebiet 73 Neuaufnahmen für sich buchen. Hiermit setzte er sich an die Spitze sämtlicher Werber im Gesamt-Verband. In Anerkennung seiner Arbeit sollte er als Ehrengast am Hamburger Verbandstag teilnehmen. Der unbarmherzige Schnitter Tod zieht hier seinen Strich hindurch. Anton Schall hat sich ebenso stark in seiner Partei, im Reichsbanner und in anderen Institutionen der Arbeiterschaft betätigt und noch während seiner Krankheit versucht, seine Kraft der Arbeiterschaft als Berater vom Krankenbett aus zur Verfügung zu stellen. Das Andenken dieses treuen Freundes und Kollegen wird im Gesamt-Verbande weiterleben.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Uebertritt des Reichsverbandes der Steuer- und Zollbeamten. Am 5. März hielt der freigewerkschaftliche Reichsverband der Steuer- und Zollbeamten einen außerordentlichen Verbandstag ab. Anwesend waren vom Gesamt-Verband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe usw. die Kollegen Becker, David Stetter und Scherff. Vom Vorstand des ADB. nahm an den Verhandlungen der Vorsitzende Falkenberg teil. Beschlossen wurde einstimmig der Uebertritt des Reichsverbandes zu unserem Gesamt-Verband am 1. April 1932. Damit ist auf dem Wege der gewerkschaftlichen Konzentration wieder ein wichtiger Schritt getan.

RUNDSCHAU

Ein Förderer des internationalen Friedens gestorben. Am 7. März starb Aristide Briand. Er ist einer der bekanntesten Politiker der Erde gewesen. 11mal war er französischer Ministerpräsident und etwa 20mal Minister der verschiedenen Ressorts. Aus einfachen Verhältnissen kommend, hat sich Briand in kurzer Zeit zu einer einflussreichen Stellung im französischen Parlament hinaufgearbeitet. Er war Generalsekretär der Sozialistischen Partei und neben Jaures sozialistischer Journalist. Später wandte er sich von der Sozialistischen Partei ab und wurde manchmal hart von seinen einstigen Freunden bekämpft. Mit Stresemann gemeinsam hat er die Atmosphäre Europas zu entgiften versucht. Nach mancherlei Schwierigkeiten setzte er die frühzeitige Räumung des Rheinlandes durch. Das deutsche Volk beurteilte dieses Ergebnis der Tätigkeit der beiden Staatsmänner nicht so günstig wie es notwendig gewesen wäre, wofür die Reichstagswahl 1930 den Beweis lieferte. Als Briand in Berlin war, war er Gegenstand allgemeiner Beachtung. Er konnte der Sympathie eines großen Teils der deutschen Bevölkerung sicher sein. Wäre es nach ihm gegangen, dann lähe die europäische Politik anders aus. Leider war es sein Verhängnis, daß ihm im entscheidenden Moment seine Gegner immer in den Arm fielen. Er konnte sein Werk, ein einiges Europa zu schaffen, nicht vollenden. Der Tod hat seinem Wirken ein Ziel gesetzt. Es liegt an uns, die Politik fortzuführen, die der große französische Staatsmann in den letzten Jahren seines Lebens betrieben hat: die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Wenn diese einmal restlos gelungen ist, dann ist der Frieden der Welt gesichert und einem allgemeinen Aufstieg der Menschheit steht nichts mehr im Wege. Weil Briand ein Dorkämpfer der Völkerverständigung war, deshalb trauert an seinem Grabe auch die internationale Arbeiterbewegung.

Noch immer rund 1 900 000 Kriegssopfer in Deutschland, die sich zusammenfassen aus rund 840 000 versorgungsberechtigten Kriegsbekämpften, 360 000 Kriegserwitwen, 500 000 Kriegswaisen und 200 000 rentenbeziehenden Eltern. Für die Versorgung all dieser Bekämpften, Angehörigen und Hinterbliebenen sieht der augenblickliche Reichshaushalt rund 1,2 Milliarden Mark vor.

Die Kluft

Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

XI.

Blain sagte höchst verwundert: „Dieser listige Baldwin! Nehmen die Bergleute diese Neuordnung von Löhnen und Schichten denn an, Mr. Royd?“

„Die Schwierigkeit war, ihrer habhaft zu werden; wir telefonierten nach allen Enden des Landes. Cook protestierte gegen das Verhandeln mit dem Minister in ihrer Abwesenheit — ja, zum Kuckuck, warum blieben die Bergleute nicht hier?“

„Konnten sie wissen, daß diese Verhandlung so Hals über Kopf anberaumt wurde?“ verteidigte Joan die Bergleute.

„Sie hätten es ahnen müssen. Und da wir nicht warten dürfen, bis die Kündigungen der Bergleute morgen in Kraft treten, findet heute abend um neun eine neue Konferenz beim Premierminister statt.“

„Ohne die Bergleute?“ Entsetzen schwang in des Mädchens Stimme.

„Mit ihnen, wenn sie rechtzeitig in London eintreffen. Joan, wir beabsichtigen wahrlich keinen Verrat an ihnen, wie Sie anzunehmen scheinen. Aber es gibt keinen Grund, den Generallstreik zuzulassen, wenn noch eine andere Möglichkeit, den Bergleuten zu helfen, aufsteht.“

„Gnade Gott den Bergarbeitern!“ murmelte Gerald Blain, während Joan aufsprang und im Zimmer hin und her zu wandern begann. Plötzlich machte sie halt und blickte ihrem Chef gerade in die Augen.

„Was Sie bisher erzählten, mag gut und schön sein für einen Zeitungsbericht. Wie denken Sie aber wirklich? Was wird geschehen?“

„Die Frage wäre leichter zu beantworten, wenn ich genau wüßte, wer auf der anderen Seite die Fäden zieht. Meines Erachtens wünscht Baldwin keinen Konflikt; instinktmäßig schreckt er davor zurück, denn er ist absolut keine Kämpfernaut.“

„Birkenhead?“

„Dem wäre es vielleicht sogar sehr gelegen, das Land zu retten, und im Gegensatz zu Baldwin spielen bei ihm die Interessen der Herren Grubenbesitzer keine Rolle.“

„Da also weder Baldwin noch Birkenhead einen Kampf wollen und Thomas schon ganz bestimmt nicht, so darf der Streik wohl als erledigt gelten.“

„So einfach ist es nun nicht, Mr. Blain“, versetzte Royd.

„Hinter den Kulissen fehlt es nicht an Leuten, die auf einen Konflikt hinarbeiten. Mir wurde gesagt, daß wenigstens sieben Minister mit Rücktritt gedroht hätten.“

„Unter Führung von Churchill?“

„Nein, von Neville Chamberlain.“

Als Antwort summt Blain den bekannten Reim:

„Ich bin der Teufel Nevill,
Der einzige, der weiß, was er will!“

William Royd blickte auf seine Uhr. „Himmel, es ist allerhöchste Zeit für mich. Wenn ich eine Tasse nehme, komme ich gerade noch pünktlich.“ Joan begleitete ihn bis zur Haustür.

„Alles Gute, William! Und kehren Sie auf jeden Fall hierher zurück, wir gehen nicht zu Bett, ehe wir Sie gesprochen haben.“

Es wurde ein trübes, stundenlanges Warten. — Da ertönte plötzlich das alarmierende Klingeln des Telefons. Joan schoß hoch und nahm den Hörer.

„Hallo! Sind Sie es, William?... Wie?... Nein wirklich?... Kommen Sie schnell zu uns.“

Die anderen standen in einem Klumpen hinter ihr.

„Was sagt er, Joan? Ist es aus?“

„Im Gegenteil. Der Generallstreik ist im Gange. Und zwar wurde der Krieg seitens der Regierung erklärt.“

Blain saß schon am Flügel, begann die Melodie der „Roten Flagge“ zu hämmern und sang im Verein mit Joan aus voller Lunge die erste Strophe. Mary Maud applaudierte.

„Welch feierlicher, mitreisender Rhythmus! Es packt mich genau so, als ob ich die Nationalhymne hörte!.. Jetzt müssen wir aber für Mr. Royd sorgen, er wird Hunger mitbringen.“

„Ah, da kommt der heiß Ersehnte schon!“ fügte Dacre hinzu, als die Haustürglocke schrillte.

Alles stürmte auf Royd ein, der blaß und abgespant aussah. „Seid vernünftig! Kein Wort, ehe er einen Bissen zu sich genommen hat.“

Nach dieser Rüge der fürsorglichen Gastgeberin schlug ihnen das Gewissen, und sie wurden überaus hilfsreich. Blain hingte Ronds Hut an den Haken, Dacre half ihm aus dem Mantel und

Joan, die sich nicht ausstechen lassen wollte, gab nicht nach, bis sie ihm die nassen Schuhe ausziehen durfte.

„Wenn Sie mit Joan lieber allein sein möchten...“ Mary Maud war zu weitester Selbstlosigkeit bereit. Doch Blain protestierte. „Jetzt nichts von Ihrem Opferbringen! Werfen Sie uns hinterher hinaus; zuerst aber muß ich wissen, was sich ereignet hat.“

Royd lächelte dem jungen Mann wohlwollend zu.

„Nur noch zwei Bissen, und ich werde beginnen.“

„Waren die Bergleute da?“ forschte Joan eifrig.

„Ja, sie kamen um elf.“ „Und was...“

„Wollen Sie wohl schweigen!“ fuhr Gerald Blain sie an. „Sie picken die Einzelheiten, nach denen es Sie gelüstet, heraus, und man verliert darob den Faden.“

„Schon gut“, entgegnete das junge Mädchen reumütig. „Ich werde den Mund halten. William, fangen Sie von vorn an.“

Royd schenkte sich noch eine Tasse Kaffee ein und lehnte sich dann behaglich zurück.

„Wir ließen uns um neun Uhr in Downing Street melden und warteten in einem Salon, während unsere drei, unter Führung von Thomas, mit Baldwin, Lord Birkenhead und dem Arbeitsminister verhandelten. Endlich erschienen sie wieder mit einer neuen Formel.“ „Mißtrout allen Formeln!“ murmelte Blain.

„Bisweilen sind sie nützlich“, widersprach Royd. „In dieser Formel, wiederum von Birkenhead verfaßt, nahm die Regierung den Bericht der Sachverständigenkommission als Ausgleichsbasis an und erklärte sich zu weiteren Verhandlungen bereit, falls in diese auch eine Lohnkürzung hineinbezogen würde. Das war natürlich alles andere als befriedigend, denn es ließ alles so wie vorher.“

„Und dafür bedurfte es Konferenzen über Konferenzen!“ schaltete Anthony Dacre ein. „Unglaublich! Wie stellen sich die Bergleute dazu?“

„Sie kamen gar nicht in die Lage, ja oder nein zu sagen. Als sie um elf Uhr eintrafen, erklärte ihnen Thomas, daß sie einwilligen müßten, worauf sich eine immer heftiger werdende Diskussion entspann. In diese erhitzte Atmosphäre trat plötzlich ein Lakai, der unsere drei Unterhändler zum Premierminister bat. Thomas wollte, bevor sie dem Ruf Folge leisteten, die Einwilligung der Bergleute durchsetzen. Gleich darauf erschien jedoch ein Sekretär, dem Thomas, etwas ungeduldig, den Befehl gab: „Wir kommen sofort nach Schluß unserer Besprechung.“ Zwei Minuten später störte der Sekretär von neuem: „Der Premierminister wünscht Mr. Thomas unverzüglich zu sprechen.“ „Natürlich mutmaßten wir, daß irgendein nebenjächlicher Punkt noch der Aufklärung bedürfe, und bemühten uns in Thomas' Abwesenheit die Bergleute zu beruhigen.“

„Cook spie wahrscheinlich Feuer“, warf Blain dazwischen.

„Er nicht allein, sondern alle Bergleute. Dann kehrte Thomas zurück, empört, außer sich. Baldwin hatte ihm mit den Worten: „Bei der Daily Mail hat sich etwas ereignet, das die Regierung zu einem Abbruch der Verhandlungen zwingt“, kurzerhand ein Schreiben überreicht.“

„Was enthielt es?“ fragte Joan atemlos.

„Etwas von dem Keiner eine Ahnung hatte. Offenkundige Aktionen haben bereits stattgefunden, die eine brutale Einmischung in die Freiheit der Presse bedeuten“, lautete ein Satz. Und erst jetzt erfuhren wir, daß die Seker der „Daily Mail“ sich geweigert hatten, einen Artikel zu setzen, in dem jeder, der den Bergleuten wohlwollend gegenüberstand, als Umstürzler gebrandmarkt wurde.“

„Tamos von den Sekern; aber was hat Thomas damit zu tun?“ „Nichts! Absolut nichts!“

„Zum Donnerwetter!“ brauste Dacre auf, der sich plötzlich als beleidigter, vergewaltigter Staatsbürger fühlte. „Ist die Daily Mail etwa ein Teil der britischen Verfassung, daß wir für das Recht dieser Zeitung, zu schreiben, was ihr in den Kram paßt, kämpfen müssen?“

„Scheinbar ja. Jedenfalls verlangte das Schreiben, daß wir uns gegen das Vorgehen der Seker erklären sollten, was wir auch taten, da sie ohne Autorisation gehandelt hatten.“

„Und was meinte der Premierminister, als Sie die tüchtigen Seker monierten?“

„Er war nicht mehr da!... Ein Diener, der just die letzten Lichter ausschaltete, erzählte uns, daß Seine Erzellenz zu Bett gegangen und für niemand zu sprechen sei.“

„So eine bodenlose Unverschämtheit!“ rief Blain empört, während Dacre vollkommen verduht Royd anstarrte.